

07/08.06



# DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

**Mehr Fachwissen in der Ehrenamts-Förderung  
Warnung vor Gen-Mais als Energierohstoff  
Nanotechnologie in Lebensmitteln  
Biogas zu wenig beachtet**

und weitere Beiträge zu Naturschutz- und Umweltpolitik auf Bundesebene

# DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

## Deutschland-Rundbrief

Naturschutz- und Umweltpolitik  
auf Bundesebene  
Jahrgang 12 (2006), Heft 07/08  
ISSN 1861-0048

### Herausgeber

Deutscher Naturschutzring,  
Dachverband der deutschen Natur- und  
Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

### Geschäftsstelle Bonn

DNR, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn  
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96  
eMail: [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de), Internet: [www.dnr.de](http://www.dnr.de)

### Redaktion, Geschäftsstelle Berlin

Matthias Bauer (mb), Marion Busch (mbu),  
Eva Zinecker (ez), Mathias Rösch (mr)  
DNR, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 443391-82  
eMail: [matthias.bauer@dnr.de](mailto:matthias.bauer@dnr.de)  
Internet: [www.dnr.de/publikationen](http://www.dnr.de/publikationen)

### Abonnement

Abo-Verwaltung: Thomas Kreutzberg,  
Geschäftsstelle Bonn (s. o.)  
eMail: [thomas.kreutzberg@dnr.de](mailto:thomas.kreutzberg@dnr.de)  
Preise: siehe 3. Umschlagseite

### Technik

Satz: DNR Redaktionsbüro, Berlin  
Druck: Druckerei Eberwein, Bonn

### Gastbeiträge

Artikel aus Verbänden und Forschung  
sind willkommen. Die Redaktion behält  
sich Kürzung und Bearbeitung vor. Für  
unverlangt eingesandtes Material keine  
Haftung. Namentlich gezeichnete Beiträge  
geben nicht unbedingt die Meinung der  
Redaktion/des Herausgebers wieder.  
Redaktionsschluss: 20. des Vormonats.

### Copyright

Die Urheberrechte liegen beim Herausge-  
ber. Einzelne Artikel können nachgedruckt  
werden, wenn die Quelle angegeben wird.

### Förderhinweis

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundes-  
umweltministerium gefördert. Die Förderer  
übernehmen keine Gewähr für die Richtig-  
keit, Genauigkeit und Vollständigkeit der  
Angaben sowie für die Beachtung der  
Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten  
und Meinungen müssen nicht mit denen  
der Förderer übereinstimmen.

## Naturschutz mit Leidenschaft

### Liebe Leserinnen und Leser,

es gehört zu den revolutionärsten Erkenntnissen der modernen Hirnforschung, dass sich Kognitives und Emotionales nicht trennen lassen. In den letzten Jahrzehnten haben wir uns aber zu einseitig naturwissenschaftlich und technisch von der linken Gehirnhälfte leiten lassen.

Wir wissen heute, dass es kaum eine Beziehung von Umweltwissen und Umwelthandeln gibt. Es ist also nicht so, dass diejenigen, die mehr wissen, sich umweltfreundlicher verhalten. Viel wichtiger ist es, mit Emotionen und mit Leidenschaft an die Zukunftsfähigkeit der Erde heranzugehen. Leidenschaft und Seriosität sind keine Gegensätze, und wenn gelegentlich abwertend der Begriff „Amateure“ für die ehrenamtlich arbeitenden Naturschützer ins Gespräch gebracht wird, dann kann man nur antworten, dass Amateure eben „Liebhaber einer Sache“ sind - und wenn Leidenschaft und Professionalität zusammenkommen, kann das zu optimalen Ergebnissen führen.

Als Antwort auf die oft gestellte Frage nach einem Leitbild für die Naturschutzbewegung sollte an die Aufbruchstimmung unserer Bewegung erinnert werden, die viel mit Leiden und Leidenschaft zu tun hatte. Es waren nicht Naturwissenschaftler, sondern überwiegend Künstler und Intellektuelle, die unter der Naturzerstörung gelitten haben. Sie sind vor hundert Jahren mit dem Gedanken des Heimatschutzes aufgebrochen und es ist hoffnungsvoll, dass heute wieder eine Diskussion über die Heimat in Gang gekommen ist.

Heimat im Sinne einer fest gefügten inneren und äußeren Welt unserer alten Vorstellungen oder Träume existiert so nicht mehr. Die Herausforderung des neuen Denkens besteht darin, im Wissen um die weltfamiliären Zusammenhänge die Umwelt vor der Haustür zu bewahren und die Heimat Erde als ein gemeinsames Lebewesen zu betrachten, aus dem wir nicht aussteigen können.

Parameter für diese überschaubare, regionale Heimat ist für uns Naturschützer, wie wir mit dem uns anvertrauten Land umgehen, mit der Landschaft also, die unleugbar die Basis unserer Kultur bildet. Heimat ist mehr als Entwicklungsachse oder Wirtschaftsstandort. Deshalb wollen

wir die Heimat nicht denen überlassen, die ihr die Wurzeln abgraben, gerade weil eine intakte Natur zu den begehrtesten Standortfaktoren der Zukunft zählt.

Generationengerechtigkeit ist kein rein monetärer Vorgang, denn auch intakte Natur ist schließlich Teil zukünftiger Rente. Was hätten künftige Generationen von mehr Wohlstand, wenn dieser in einer zerschundenen Umwelt versandet?

Heimat heute bedeutet eben eine Wertediskussion - die wir zwei Generationen lang durch Wachstum und materiellen Wohlstand ersetzt haben. Die Zukunft der Heimatbewegung könnte also eine Renaissance erleben, die gleichermaßen mystisch und lustvoll ist.

Wir sollten ein neues Menschenbild in den Mittelpunkt rücken, um angesichts des globalisierten Egoismus und des brutalen Neodarwinismus dieser Tage den Mut zur Emotion und zum Anderssein wieder zu entdecken. Meine Vision von Heimat setzt eine Solidargemeinschaft von gleichgesinnten Menschen und zwischen Menschen und Mitgeschöpfen voraus.

Nicht das hehre Reden von Pflicht und Verantwortung oder die Predigt über den Verzicht macht uns glaubwürdig, sondern unser Gespür im Umgang untereinander und mit allem Lebendigen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine anregende Lektüre!

Hubert Weinzierl, Präsident des Deutschen Naturschutzrings

## 2 Impressum

## 3 Editorial

- Naturschutz mit Leidenschaft

## 5 Verbände, Ehrenamt

- Mehr Fachwissen in der Ehrenamts-Förderung  
von Ralf Schulte, NABU
- Neuer DNR-Kurs Zukunftspiloten
- Umweltbewegung Ost in der Krise

## 7 Agrarpolitik, Gentechnik, Verbraucherschutz

- Agrarministerium will Gentechnik-Anbau erleichtern
- Ist die Grüne Gentechnik ein Jobmotor?
- Nanotechnologie hält Einzug in Nahrungsmittel  
von Marion Busch
- Gentechnik-Aussaats außer Kontrolle?
- Kurzmeldungen
- Lesenswert

## 11 Emissionen, Abfall, Chemie, Industrie

- Plakettenverordnung verzögert sich
- Fluglärm kann für Bluthochdruck sorgen
- Kurzmeldungen

## 12 Energie, Klima

- Biogas muss das Rennen machen  
von Julia Biel, Forum Umwelt & Entwicklung
- Gratis-Verschmutzungsrechte schaden der Umwelt
- Steuern für Biokraftstoffe ab 2007
- Forscher warnen vor Gen-Mais als Energierohstoff
- Eurosolar-Konferenz
- Tricks bei Atomausstieg
- Kurzmeldungen

## 16 Nachhaltigkeit, Umweltpolitik, Recht

- Doppelt so viele Arbeitsplätze im Umweltsektor möglich
- Wissenschaftler prangern verschwenderische Firmen an
- Umweltminister beklagt zu großen Einfluss der Wirtschaft
- Umweltverbände gegen Föderalismusreform
- Historischer Erfolg für Tagebauegegner
- Lesenswert

## 18 Naturschutz, Artenschutz

- 50 Jahre Naturparke in Deutschland
- Kurzmeldungen
- Lesenswert

## 19 Verkehr, Tourismus

- Paragrafendschlinge Verkehrsplanung  
von Peter Hettlich und Rüdiger Herzog, Grüne im Bundestag
- Kurzmeldungen

## 21 Wasser, Meere

- Elbe wird nicht ausgebaut
- Meere und Küstenregionen sind akut bedroht
- Kurzmeldungen
- Lesenswert

## 22 Service

- Umwelt-Termine
- Informationsquellen
- EU-Umweltpolitik verständlich

### Gastbeitrag Mehr Fachwissen in der Ehrenamts-Förderung

von Ralf Schulte, NABU<sup>1</sup>

#### Naturschutzverbände müssen auf tief greifende Veränderungen reagieren

Wenn sich Umweltpolitiker heute für ihre Erfolge im Naturschutz rühmen, die Rettung von Kranich, Schwarzstorch, Seeadler, Fischotter und Biber feiern oder die positiven Effekte eines Nationalparks für die Regionalentwicklung loben, dann übersehen sie geflissentlich die Rolle, die Naturschutz-Ehrenamtliche im Vorfeld dieser Erfolge gespielt haben. Die 3,8 Millionen Mitglieder der deutschen Naturschutzbewegung verteilen sich auf 21 nach Bundesnaturschutzgesetz anerkannte Verbände, von denen BUND und NABU die größten sind, sowie hunderte kleinerer Vereine und Initiativen im ganzen Land. In ihren Reihen engagieren sich mindestens 150.000 Menschen ehrenamtlich.

#### Naturschützer sind keine Jobvernichter

Mit ihrem Einsatz lassen sich nur selten Lorbeeren ernten. Ärgerlich wird es aber, wenn gewisse Kreise aus Politik und Wirtschaft ehrenamtliche Naturschützer in politischen Diskussionen als Aufschwung-Verhinderer und Blockierer diffamieren. Wohl wissend, dass die wirklichen Jobvernichter ganz woanders zu finden sind. Absurd wird es dann, wenn sich demokratisch nicht legitimierte Zwangskörperschaften wie der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) mit Blick auf die Naturschutzverbände berufen fühlen, drastische Einschnitte in die Beteiligungs- und Mitgestaltungsrechte von Bürgerinnen und Bürgern zu fordern.

#### Anerkennung von Naturschutz-Engagement durch die Länder

Vor diesem Hintergrund ist es ein ausgesprochen positives Signal, dass die Länderarbeitsgemeinschaft Naturschutz, Landschaftspflege und Erholung (LANA) - ein Gremium, in dem die Vertreter der obersten Naturschutzbehörden der Länder mit dem Bund über die Schwerpunktthemen des Naturschutzes beraten - ein klares Bekenntnis zum Ehrenamt im Naturschutz abgegeben hat. In der Erklärung, die im Mai 2006 anlässlich des 28. Deutschen Naturschutztages (DNT) veröffentlicht wurde, spricht sich die LANA für die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen amtlichem und ehrenamtlichem

Naturschutz aus. Gleichzeitig plädiert sie für die stärkere Förderung des ehrenamtlichen Engagements. ●

#### Engagementfeld Naturschutz im Wandel

Welche Schritte dazu im Einzelnen erforderlich sind, diskutierten Vertreter der Naturschutzverbände, der Sozialwissenschaften, des Bundestages, des Bundesumweltministeriums und des Bundesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement (BBE) in mehreren DNT-Arbeitskreissitzungen. Es wurde deutlich, dass sich im Umfeld der Naturschutzverbände gegenwärtig eine Reihe zum Teil schwerwiegender Veränderungen ergeben. Die Herausforderung für die Verbände besteht darin, sich den Veränderungen auf gesellschaftlicher (z. B. Rahmenbedingungen für Engagement, demografischer Wandel), politischer (z. B. Föderalismusdiskussion, De-regulationsdebatte) und fachlicher Ebene (z. B. Schutzgebietsbetreuung, Monitoring) anzupassen, neue Formen des Engagements zu ermöglichen und verbands-spezifische Leitbilder für die Arbeit mit Ehrenamtlichen zu entwickeln.

#### Systematische Qualifizierung

Das beinhaltet auch den Einstieg in die systematische Qualifizierung von Engagementwilligen und neuen Aktiven. Ein erster Schritt in diese Richtung ist das Ausbildungsprojekt „Management von Ehrenamtlichen und Freiwilligen in Naturschutzverbänden“, das NABU und BUND gemeinsam mit dem DNR durchführen. Die aus drei zweitägigen Seminaren bestehende, von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) geförderte Qualifizierungsmaßnahme wird rund 100 Verbandsangehörige mit den Werkzeugen für die moderne Freiwilligenarbeit vertraut machen.

#### Folgen der Föderalismusreform

Die Ergebnisse der Debatte zur Föderalismusreform sowie der Deregulierungsdiskussionen dürften ebenfalls nicht ohne Folgen für das Engagementfeld bleiben. Zu erwarten sind sowohl Auswirkungen auf die Beteiligungsrechte als auch auf die konkrete Naturschutzarbeit vor Ort. Vor dem Hintergrund des Verzichts des Staates auf Kompetenzen, der Kommunalisierung von Zuständigkeiten und der Privatisierung von Aufgaben werden sich die Naturschutzverbände fragen müssen, ob und in welchem Umfang sie bislang staatlich wahrgenommene Aufgaben selbst in die Hand nehmen können oder wollen -

oder ob sie akzeptieren, dass Dinge künftig unerledigt bleiben. Auch die Entwicklung neuer Engagementformen außerhalb der Ehrenamtsverbände ist nicht auszuschließen, wie das Freiwilligenprogramm für Großschutzgebiete von Europarc Deutschland zeigt (DRB 10+11.05, S. 6).

#### Wer fordert, muss auch fördern

Gundlegend für die Zukunft des Ehrenamts im Naturschutz ist auch, dass der Staat engagementfreundliche Rahmenbedingungen schafft. Die viel gelobte Neuregelung des Unfallversicherungsschutzes ist eher eine halbherzige Lösung. Sie führt in der Praxis dazu, dass Vereinsvorstände, die sich zusätzlich über die Berufsgenossenschaft versichern, wesentlich besseren Versicherungsschutz genießen als Aktive, die nur über die Vereinsunfallversicherungen geschützt sind.

#### Selbstfinanzierung unterstützen

Handlungsbedarf besteht auch beim Gemeinnützigkeits- und Vereinssteuerrecht. Wenn von den Ehrenamtsverbänden erwartet wird, dass sie noch stärker gesellschaftliche Aufgaben übernehmen, dann muss die Politik dafür zumindest die passenden Voraussetzungen, auch die zur Selbstfinanzierung, schaffen. Die immer wieder aufflackernden Diskussionen um die Abschaffung der Übungsleiterpauschale, die steuerliche Absetzbarkeit von Spenden und Mitgliedsbeiträgen oder auch das Festhalten am staatlichen Lotteriemonopol müssen hier genannt werden.

Reformbedarf ergibt sich im Weiteren bei der Frage der Vorstandshaftung. Wichtige Schritte in die richtige Richtung wären noch die Berücksichtigung des ehrenamtlichen Engagements bei der Stellenbesetzung, ehrenamtsfreundliche Arbeitszeiten, Zertifikate für Ehrenamtliche oder so genannte Ehrenamtskarten, die auch das Engagement im Naturschutz ohne Wenn und Aber einbeziehen. ■

#### • Weitere Informationen

Naturschutzbund (NABU), Ralf Schulte, Ehrenamtsförderung, Invalidenstraße 112, 10115 Berlin  
Tel. 030 / 28498472  
eMail: ralf.schulte@nabu.de  
www.nabu.de

LANA-Positionspapier (PDF, 70 kB):  
www.nabu.de/ehrenamt/  
lana-ehrenamtsposition.pdf

### Neuer DNR-Kurs ZukunftsPiloten

#### Qualifizierungsprogramm für junge Umweltbewegte

Der Deutsche Naturschutzring und die Bewegungsakademie schreiben zum fünften Mal das Qualifizierungsprogramm Kurs ZukunftsPiloten für junge Umweltbewegte aus.

Die Eckdaten sind:

- 1 Jahr studien- und berufsbegleitende Qualifizierung für erfolgreiches umweltpolitisches Engagement
- 16 junge Engagierte aus verschiedenen Hintergründen der Umweltbewegung
- 7 Seminare zu methodischen Aspekten umweltpolitischen Engagements
- Projektarbeit in Projektgruppen zu aktuellen umweltpolitischen Themen
- Praxisprojekt im Rahmen einer Umweltorganisation oder selbst organisiert
- Netzwerk: lebendiger Austausch mit mehr als 100 anderen Teilnehmer/innen und Absolvent/innen des Kurs ZukunftsPiloten

#### Bewerbung bis 21.8.

Durch die Unterstützung der Deutschen Bundesstiftung Umwelt konnte der Kurs ZukunftsPiloten seit 1997 als innovatives Weiterbildungsprogramm für den Nachwuchs der Umweltbewegung entwickelt werden. Seitdem haben insgesamt 85 ZukunftsPilot/innen erfolgreich am Kurs teilgenommen. Organisiert und durchgeführt wird der Kurs ZukunftsPiloten im Auftrag des DNR von der Bewegungsakademie e.V. in Verden bei Bremen.

Junge Umweltengagierte im Alter von 21 bis 27 Jahren können sich bis zum 21. August bewerben. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

DNR-Nachwuchsförderungsprogramm  
Kurs ZukunftsPiloten, Rasmus Grobe,  
c/o Bewegungsakademie, Artillerie-  
str. 6, 27283 Verden/Aller  
Tel. 04231 / 677957  
eMail: grobe@zukunfts piloten.de  
www.zukunfts piloten.de

### Umweltbewegung Ost in der Krise

#### Sinkende Mitgliedszahlen bedrohen Arbeitsfähigkeit und Unabhängigkeit

Nach einer Analyse des Unabhängigen Instituts für Umweltfragen (UfU) in Halle und Berlin verzeichnen zahlreiche ostdeutsche Umweltorganisationen sinkende Mitglieds- und Mitarbeiterzahlen. Die Landesverbände des ostdeutschen Umweltnetzwerks Grüne Liga in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt mussten sogar ihre Arbeit einstellen. Mit im Schnitt drei Mitarbeiter/innen seien für viele Verbände der Arbeitsumfang und die Interaktionsarbeit nicht mehr zu bewältigen, so das UfU. Weniger Mitglieder bedeute auch weniger Beiträge, was das Problem verstärke. Die Verbände müssten dann ihre Finanzierung aus anderen Quellen sicherstellen und verlören ihre Unabhängigkeit.

#### Keine Perspektiven: Jugend wandert in den Westen ab

Als Gründe für die schwierige Lage der ostdeutschen Umweltbewegung nennt das UfU zum einen, dass soziale Fragen wie Arbeits- und Perspektivlosigkeit von den Bürger/innen für wichtiger erachtet würden als Umweltprobleme. Am schwersten wiegt nach Ansicht von Experten der demografische Wandel. Gerade junge Menschen, die als Nachwuchs für die Umweltverbände notwendig wären, wandern in die alten Bundesländer ab. Genau hier, so die Empfehlung des UfU, müsse die Umweltbewegung ansetzen: Sie müsse kreative Arbeitsplätze schaffen, die es für den Nachwuchs attraktiv machen zu bleiben.

Die Ergebnisse seiner Analysen sowie Wortmeldungen von Experten aus Sozialwissenschaft und Verbänden hat das Institut in einer Broschüre zusammengefasst. (mbu) ■

#### • Weitere Informationen

Unabhängiges Institut für Umweltfragen  
(UfU), Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 428-49930, Fax -00485  
eMail: mail@ufu.de  
www.ufu.de

Broschüre: „Von der Umweltbewegung zur Zivilgesellschaft - Umweltschutzorganisationen in Ostdeutschland“, Berlin 2006, 57 S., 5,- Euro; Hrsg./Bezug: UfU (s. o.)

## Agrarministerium will Gentech-Anbau erleichtern

### GVO-Pflanzen könnten ungeprüft in die Nahrungskette gelangen

Umwelt- und Erzeugerverbände haben die aktuelle Gentechnikpolitik von Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer kritisiert. Für sie steht ein Grundsatzpapier zur Novellierung des Gentechnikgesetzes, das Anfang Juni bekannt wurde, im Widerspruch zur Wahlfreiheit der Verbraucher/innen und zum Schutz von Gesundheit und Umwelt. Obwohl Versuchspflanzen ohne umfangreiche gesundheitliche Sicherheitsprüfungen nicht auf den Markt gebracht werden dürfen, könnten experimentelle Gen-Pflanzen künftig in die Nahrungskette gelangen, hieß es.

Denn laut Greenpeace heißt es in einem internen Aktenvermerk des Bundeslandwirtschaftsministeriums (BMELV), dass „die Auskreuzungsprodukte gesetzlich vom Bedürfnis einer Inverkehrbringensgenehmigung auszunehmen“ sind. Damit könnten auch verunreinigte Produkte z. B. ins Tierfutter oder in Lebensmittel gelangen. Auf diese Weise genmanipulierte Produkte sind nicht zugelassen - die EU-Kommission hat nach Angaben des BUND in einem Brief vom Februar angekündigt, in diesem Fall ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland einzuleiten. Für GMO-Kontaminationen in der Nahrungskette gelte auch in Zukunft die Nulltoleranz.

### Haftungsregelung soll abgeschwächt werden

Auch die bisher gültige Haftungsregelung, wonach Genbauern verschuldensunabhängig für die Kontamination von Nachbarfeldern haften, soll entschärft werden. Eine Entschädigung soll erst dann erfolgen, wenn die Verunreinigung bestimmte Schwellenwerte überschreitet. Der Entwurf sieht dies für Fälle vor, bei denen die Kontamination mit GMO<sup>1</sup> über dem Kennzeichnungs-Grenzwert von 0,9 Prozent liegt. Die Abnehmer der landwirtschaftlichen Produkte verlangen allerdings deutlich niedrigere Grenzwerte. Der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) fürchtet deshalb wirtschaftliche Einbußen für die Bauern. Sie würden für ihre Ernte nicht genug Geld bekommen.

## Gesetzesnovelle: Nur noch 150 Meter Abstand zwischen den Feldern

Greenpeace warf Seehofer vor, durch die Politik des „Begrenzen statt Verhindern“ die Verbraucher/innen auf eine schlechende Einführung von Gentechnik-Produkten vorzubereiten.

Diese Vermutung wird von einem weiteren Vorschlag im Grundsatzpapier untermauert: Entgegen der derzeitigen Praxis soll der Abstand zwischen einem Feld, auf dem Genmais angebaut wird, und einem konventionell oder ökologisch bewirtschafteten Nachbarfeld nur noch 150 Meter betragen. Damit nehme das BMELV Kontaminationen benachbarter Felder bewusst in Kauf, kritisiert die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). Diese Abstände seien zu gering. Selbst der führende Gentechnik-Konzern Monsanto schreibe GMO-Bauern den doppelten Abstand von 300 Metern zu Bio-Bauern vertraglich vor. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV), Dienstsitz Berlin, Wilhelmstraße 54, 10117 Berlin  
Telefon: 01888 / 52931-73, Fax -79  
eMail: [pressestelle@bmelv.bund.de](mailto:pressestelle@bmelv.bund.de)  
[www.bmelv.de](http://www.bmelv.de)

BUND, Gentechnikexpertin Heike Moldenhauer, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin  
Tel. 030 / 2758644-56, Fax -49  
eMail: [heike.moldenhauer@bund.net](mailto:heike.moldenhauer@bund.net)  
[www.bund.net](http://www.bund.net)

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm  
Tel. 02381-9053170, Fax -492221  
eMail: [info@abl-ev.de](mailto:info@abl-ev.de)  
[www.abl-ev.de](http://www.abl-ev.de)

## Ist die Grüne Gentechnik ein Jobmotor?

### BUND-Studie: 500 Menschen arbeiten in der Agro-Gentechnik

Nach einer wissenschaftlichen Analyse im Auftrag des BUND bringt die Grüne Gentechnik keine zusätzlichen Arbeitsplätze. Zurzeit gebe es dort weniger als 500 Beschäftigte, telte der Verband im Juni mit. Selbst wenn die Technologie stärker angewandt würde, entstünde nicht mehr Beschäftigung in der Branche. Die Tendenz sei sogar eher rückläufig. Als Grund nennt der Verfasser der Expertise Thorsten Helmerichs die zu erwartende Konzentration auf dem Markt der Grünen Gentechnik sowie die Stagnation in der Saatgutproduktion. Helmerich ist Hochschullehrer für Unternehmensführung an der Universität Oldenburg.

Den Zahlen widersprach die Deutsche Industrievereinigung Biotechnologie (DIB). Ihrer Auffassung nach sind in Deutschland 12.000 Arbeitsplätze in der Pflanzenzüchtung und Saatgutproduktion sowie 500.000 Jobs in der Landwirtschaft von gentechnischen Innovationen abhängig. Es gibt allerdings keine soliden und differenzierten Daten. Auch das Bundesforschungsministerium (BMBF) liefert nur die Zahl von 23.000 Beschäftigten in der gesamten Biotechnik-Branche, die auch die Labors und Produktionsstätten für Medizin und Pharmazeutik sowie für Industrieprozesse einschließt.

### Im Wettstreit um die Zahlen fehlen aussagekräftige Daten

Die Zahlen des Industrieverbands DIB entbehren nach den Worten des Wissenschaftlers Helmerichs „jeder realistischen Grundlage“. Es gebe keine Belege für positive Wirkungen der Agro-Gentechnik auf den Arbeitsmarkt. Aber auch die Ergebnisse von Helmerichs sind nicht repräsentativ: Es antworteten nur 20 Prozent der befragten 70 Unternehmen. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

BUND (siehe Beitrag links)

Expertise: Thorsten Helmerichs, Daniel Grundke: „Grüne Gentechnik als Arbeitsplatzmotor? Genauerer Hinsehen lohnt sich“, Juni 2006, 22 Seiten; PDF-Download (660 kB): [www.bund.net/lab/reddot2/pdf/gentechnik\\_arbeitsplaetze.pdf](http://www.bund.net/lab/reddot2/pdf/gentechnik_arbeitsplaetze.pdf)

<sup>1</sup> Gentechnisch veränderte Organismen.

## **Nanotechnologie hält Einzug in Nahrungsmittel**

von Marion Busch, DRB-Redaktion

### **Industrie will statt natürlicher Nahrung „gesundes“ Nanofood produzieren**

In der Chemie-, Elektronik-, Textil-, Medizin- und Materialindustrie gehört die Nanotechnologie schon zum Alltag. Dort werden die winzigen Partikel z. B. in Form von Kohlenstoff-Nanoröhrchen, Nano-Lasern in DVD-Laufwerken oder als Nanochips in der medizinischen Diagnostik vermarktet. Nun wollen Nanotechnolog/innen auch in die Lebensmittelbranche vordringen. Die Befürworter von Nano-Nahrung argumentieren mit dem alt bekannten Argument, sie wollten die Gesundheit der Menschen verbessern. Genau das bezweifeln aber diejenigen, die dem Einsatz von Nanopartikeln in Lebensmitteln skeptisch gegenüberstehen.

### **Langzeitfolgen von Nanonahrung sind nicht bekannt**

Denn ähnlich wie bei der Grünen Gentechnik ist auch für die Anwendung der Nanotechnologie wissenschaftlich nicht geklärt, ob die winzigen Substanzen der Gesundheit schaden können. In den menschlichen Körper kann Nanofood z. B. über so genannte Nanocontainer gelangen. Das sind Transportmoleküle, die zwischen zehn und hundert Nanometer klein sind und meist aus Fettmolekülen bestehen.

#### **Nanometer (nm)**

nánnos (griech.): Zwerg

- 1 nm =  $10^{-9}$  m
- = 1 Milliardstel eines Meters
- =  $10^{-6}$  mm
- = 1 Millionstel eines Millimeters

Zusätze, die angeblich gesundheitsfördernd sind, enthält so genanntes Functional Food schon lange. Der Transport der Substanzen durch Nanocontainer erhöht nach einem Bericht der Zeitschrift European Food Research and Technology deren „Löslichkeit und Bioverfügbarkeit“, bringt sie „an den richtigen Ort im Körper und schützt sie während der Verarbeitung und Lagerung“. So gibt es Produkte, die ihre Nanobestandteile genau in dem Organ freisetzen, in dem sie wirken sollen.

### **Nano macht es möglich: Fischölbrot schmeckt nicht nach Fisch**

In Israel wird ein Rapsöl angeboten, das die zugesetzten Cholesterinhemmer im Darm aus dem Nanocontainer entlässt. Ein australischer Konzern brachte ein mit Fischöl gebackenes Brot auf den Markt, dessen Omega-3-Fettsäuren sich erst im Magen entfalten, so dass das Brot nicht nach Fisch schmeckt. Eine andere Methode Nanopartikel ins Essen zu bekommen ist das Zerkleinern von Inhaltsstoffen. Dabei werden z. B. Mineralstoffe wie Magnesium oder Kalzium auf Nanogröße zermahlen, wodurch sie nach Angaben der hessischen Firma Neosino schneller vom Körper aufgenommen werden. Ob das Versprechen des Herstellers, dadurch werde sich das allgemeine Wohlbefinden verbessern, stimmt, weiß niemand.

### **Ungiftige Stoffe können im Nanoformat zu Giften werden**

Wissenschaftlich erwiesen ist allerdings, dass Stoffe in Nanoform andere Eigenschaften haben können als in ihrem Ursprungszustand. So können ungiftige Stoffe giftig werden, wenn man sie verkleinert. Experten befürchten, dass sich das extrem kleine Nanopulver überall im Körper, in der Lunge, im Blut ausbreiten und möglicherweise Krebs auslösen kann. Britische Wissenschaftler fordern daher eine Sicherheitsüberprüfung für künstliche Nanopartikel in Lebensmitteln und Verpackungen.

Nach einem Bericht der Zeitung Le Monde diplomatique vom März wird die Entwicklung und Vermarktung der Nanotechnik weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit diskutiert. Ausnahmen seien Großbritannien, die Niederlande und Teile der USA. Auch in Frankreich, vor allem in Grenoble, formiert sich allmählich der Protest.

### **Verbraucherkonferenz Nanotechnik**

In Deutschland befasst sich seit dem Frühjahr ein Projekt im Auftrag des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) mit den Chancen und Gefahren nanotechnischer Anwendungen aus Verbrauchersicht. Ein Schwerpunkt ist die Risikobewertung für Lebensmittel. In Form einer Verbraucherkonferenz setzen sich 18 Konsument/innen aus Berlin und Brandenburg mehrere Wochen lang mit dem Thema auseinander. Nach Abschluss des Lern- und Diskussionsprozesses formulieren die Teilnehmer/innen ein Votum, das sie Vertreter/innen aus Politik, Wissenschaft, Industrie

und Verbraucherverbänden überreichen wollen. Methodisch federführend bei dieser Bürgerkonferenz ist das Unabhängige Institut für Umweltfragen (UfU), für den inhaltlichen Teil zuständig ist das Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW). Erste Ergebnisse der Konferenz sollen im November präsentiert werden.

### **Werden Europas Verbraucher/innen Nanofood ablehnen?**

Nach Angaben der National Nanotechnology Initiative in den USA wurden im vergangenen Jahr weltweit neun Milliarden Dollar in die Nanoforschung und industrielle Anwendung von Nanotechnik investiert. Große Lebensmittelkonzerne erhoffen sich ein gutes Geschäft mit Nanofood. Ob ihr Kalkül aufgeht, bleibt abzuwarten. Denn trotz guter Marktprognosen bleiben europäische Verbraucher/innen skeptisch: Eine Fallstudie der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich ergab für Nanobrot eine ähnliche Akzeptanz wie für genmanipuliertes. Auch Öko-Anbauverbände wie Bioland lehnen die Anwendung von Nanotechnologie in der Nahrung ab, weil die Nanopartikel zu sehr in die Struktur des Lebensmittels eingreifen würden.

#### **• Weitere Informationen**

Unabhängiges Institut für Umweltfragen (UfU), Silke Domasch, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 4284993-800  
eMail: silke.domasch@ufu.de  
www.ufu.de

Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), Potsdamer Straße 105, 10785 Berlin  
Tel. 030 / 884594-16  
eMail: kommunikation@ioew.de  
www.ioew.de

Bioland, Kaiserstr. 18, 55116 Mainz  
Tel. 06131 / 23979-12, Fax -27  
eMail: presse@bioland.de  
www.bioland.de

Quellen: Le Monde Diplomatique  
10.03.2006, WOZ 08.06.2006

Weitere Informationsquellen:  
www.de.wikipedia.org/wiki/  
Nanotechnologie#Kritik  
sowie „Sachliteratur“ und „Weblinks“  
(kritische Quellen jeweils am Ende)

## Gentech-Aussaatz außer Kontrolle?

### Umweltverträglichkeitsprüfungen in Schutzgebieten wurden unterlassen

Der Naturschutzbund (NABU) hat den Bundesländern mangelnde Kontrolle bei der Aussaat von genmanipulierten Pflanzen vorgeworfen. Die Länderbehörden seien nach nationalem und europäischem Recht verpflichtet, eine Umweltverträglichkeitsprüfung für den Genpflanzen-Anbau in Schutzgebieten durchzuführen, wenn dadurch eine Beeinträchtigung dieser Gebiete drohe. Allerdings hat nach Recherchen des NABU bis heute keines der Länder die entsprechende Regelung des Bundesnaturschutzgesetzes in Landesrecht umgesetzt. Die zuständigen Behörden wüssten meist nicht einmal, ob ihre Schutzgebiete überhaupt vom Gentech-Anbau betroffen sind: Sie schauten schlicht nicht in das Standortregister. Da der Anbau von Gen-Pflanzen ein Risiko für die Artenvielfalt in Schutzgebieten ist, hält der NABU die fehlende Kontrolle für eine „alarmierende Entwicklung“.

### EU-Umwelthaftungsrichtlinie nimmt Genbauern ab 2007 in die Pflicht

Auch in finanzieller Hinsicht müssten Bund und Länder sich mehr für den Schutz europäischer und nationaler Schutzgebiete vor gentechnischer Verunreinigung engagieren, fordert der NABU. Im Frühjahr 2007 soll die EU-Umwelthaftungsrichtlinie in Kraft treten. Danach haften Anbauer und Betreiber für Biodiversitätsschäden durch Gen-Pflanzen in europäischen und unter Umständen auch in nationalen Schutzgebieten. Viele Freisetzungversuche mit genmanipulierten Organismen würden durch Universitäten und Forschungsinstitute durchgeführt. Die neue EU-Richtlinie räume den Umweltverbänden das „Recht zur Durchsetzung von Sanierungs- und Haftungsspflichten auch gegen die zulassenden Behörden“ ein. Von diesem Recht werde der NABU auch Gebrauch machen. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Naturschutzbund (NABU), Dr. Steffi Ober, Referentin für Gentechnik, Invalidenstr. 112, 10115 Berlin  
Tel. 030 / 284984-25, Fax -84  
eMail: [steffi.ober@nabu.de](mailto:steffi.ober@nabu.de)  
[www.nabu.de/gentechnik](http://www.nabu.de/gentechnik)

## Kurzmeldungen

### „Freiwillige Feldbefreiung“

Für das letzte Juli-Wochenende hat die Initiative „Gendreck weg“ ein bundesweites Aktionscamp gegen Gentechnik in der Nähe von Berlin geplant. Neben Workshops ist u. a. eine Podiumsdiskussion mit Wissenschaftler/innen und internationalen Aktiven vorgesehen. Nach der Veranstaltung soll dann eine weitere so genannte Freiwillige Feldbefreiung stattfinden. Unter Gentechnik-Kritiker/innen sind die Aktionen, bei denen auf Feldern Gen-Maispflanzen zerstört werden, nicht unumstritten: Die Vorgehensweise sei ungesetzlich und werde von der Gentechniklobby zur Diskreditierung und Kriminalisierung der Gen-Kritiker instrumentalisiert, heißt es. Befürworter sehen hingegen Parallelen zu Anti-Atomkraft-Aktionen und argumentieren, es nutze nichts zu warten, weil Bienen und Wind transgene Pollen verbreiten, andere Felder kontaminieren und so unumkehrbare Tatsachen schaffen würden. (mbu)

Quelle: [www.schrotundkorn.de/2006/200606a05.html](http://www.schrotundkorn.de/2006/200606a05.html)  
[www.gendreck-weg.de](http://www.gendreck-weg.de)

### Keine Nanopartikel in Sanitärspray „Magic Nano“

Anfang Juni hat das Bundesinstitut für Risikoforschung (BfR) bekannt gegeben, dass Nanopartikel nicht die Ursache für aufgetretene Gesundheitsprobleme durch den Glas- und Keramikversiegler „Magic Nano“ waren. Befürworter der Nanotechnologie äußerten sich erleichtert. Verbraucherschützer nannten es dennoch bedenklich, dass über Nanopartikel keine Produktinformationen vorlägen. Im März waren die Versiegelungssprays in Verdacht geraten, schwere Vergiftungen hervorgerufen zu haben. (DRB 05.06, S. 9) Nach chemischen Analysen durch das BfR stellte sich heraus, dass die Sprays überhaupt keine Nano-Bestandteile enthielten. (mbu)

Quelle: taz, 02.06.2006

### Jede zweite Frucht mit Pestiziden vergiftet

2004 ist in der EU fast die Hälfte (47 Prozent) aller Obst- und Gemüseproben mit giftigen Pflanzenschutzmitteln belastet gewesen. Das meldete Greenpeace Anfang Juni unter Berufung auf noch unveröffentlichte Daten der EU-Kommission. Im Jahr zuvor war die chemische Verunreinigung noch um drei Prozentpunkte gerin-

ger gewesen. Die Umweltorganisation kritisierte, dass die Verbraucher/innen erst eineinhalb Jahre, nachdem sie die Lebensmittel gegessen haben, davon erfuhr. Auch die Überwachungsbehörden in 20 EU-Mitgliedsländern sind laut Greenpeace überprüft worden. Die meisten Lebensmittellabore könnten demnach lediglich 25 bis 150 der insgesamt 400 in der EU zugelassenen Pestizide nachweisen. (mbu)

Quelle: [www.greenpeace.de/themen/chemie/presseerklarungen/artikel/neue\\_eu\\_daten\\_rekordwerte\\_fafaeaa14r\\_pestizide\\_in\\_obst\\_und\\_gemafaeaa14se](http://www.greenpeace.de/themen/chemie/presseerklarungen/artikel/neue_eu_daten_rekordwerte_fafaeaa14r_pestizide_in_obst_und_gemafaeaa14se)

### 50 Millionen Euro für Innovationen in der Agrar- und Ernährungswirtschaft

Das Bundesagrarministerium (BMELV) will die Entwicklung „innovativer und international wettbewerbsfähiger“ Produkte, Verfahren und Leistungen in der Agrar- und Ernährungswirtschaft mit 50 Millionen Euro fördern. Mit dem Programm für Innovationsförderung sollen bis 2009 Forschung und Entwicklung, Wissenstransfer und bessere Rahmenbedingungen für Innovationen unterstützt werden. Seit Mitte Juni sind die ersten Informationen für die Einwerbung von innovativen Vorhaben von kleinen und mittleren Unternehmen für Pflanzenzüchtung und Tiergesundheit veröffentlicht. (mbu)

Quelle: BMELV-Informationen 16.06.06  
Programm zur Innovationsförderung:  
[www.ble.de](http://www.ble.de)

### BVL genehmigt „Cholera-Kartoffel“

Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) hat im Juni ein Experiment genehmigt, bei dem Kartoffeln Gene eines Cholerabakteriums erhalten. Ziel des Forschungsprojekts der Universität Rostock ist es Impfstoffe gegen die Cholera herzustellen, die künftig nicht mehr gespritzt, sondern gegessen würden. Die Forscher durften nach der Entscheidung des BVL 9.000 Kartoffeln auf einem Acker in Groß Lüsewitz bei Rostock pflanzen. Kritiker/innen halten den Freilandversuch für riskant, weil es sich um Nahrungspflanzen für Pharmazwecke handelt. Der BUND Mecklenburg-Vorpommern beantragte einen Stopp des Versuchs. Die Forschungsleiterin erklärte dagegen, es gebe kein Risiko, weil alle Pflanzen nach dem Versuch vernichtet würden. (mbu)

● BUND Mecklenburg-Vorpommern, Tel. 0385 / 565470, [bund.mv@bund.net](mailto:bund.mv@bund.net), [www.vorort.bund.net/mv](http://www.vorort.bund.net/mv)

### **Deutscher Alleingang bei Stallpflicht für Geflügel**

Obwohl während des afrikanisch-europäischen Vogelzugs im Frühjahr kein Erreger der Geflügelpest festgestellt worden ist, beharrt Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer weiter auf der Stallpflicht für Gänse, Hühner und Puten. Gut 30.000 Wildvögel wurden negativ getestet, woraufhin alle EU-Länder bis auf Deutschland dem Geflügel wieder den Auslauf erlaubten. Zwar gibt es auch in Deutschland Ausnahmen für Bauern, die ihre Tiere nicht in der Nähe von Zugvögel-Rastplätzen oder Geflügelindustrieanlagen halten. Diese müssten aber auf dem Bürokratieweg eingefordert werden, kritisierte der Öko-Anbauverband Bioland. Für die Hälfte der kleineren Gänsebauern sei es ohnehin zu spät. Sie hätten aufgeben müssen, weil sie die durchs Einpfertchen aggressiv gewordenen Tiere nicht halten konnten.

(mbu)

● Bioland, Tel. 06131 / 23979-12, [www.bioland.de](http://www.bioland.de)



### **Lesenswert**

#### **Leitfaden für Ausgleichsmaßnahmen mit der Landwirtschaft**

Wenn eine Straße, ein Gewerbegebiet oder eine Bahntrasse gebaut wird, müssen Eingriffe in die Natur soweit wie möglich vermieden oder ausgeglichen werden, z. B. durch Heckenpflanzung oder Extensivierung landwirtschaftlicher Flächen. Damit diese Maßnahmen nachhaltig wirken, müssen Naturschützer und Landwirte eng zusammenarbeiten. Der Deutsche Verband für Landschaftspflege (DVL) hat einen Leitfaden zusammengestellt, in dem Möglichkeiten einer qualifizierten Umsetzung der Ausgleichsregelung beschrieben werden. Die Broschüre basiert auf den Erfahrungen der 140 Landschaftspflegeverbände in Deutschland, die teilweise jahrelang mit Landwirten zusammenarbeiten. (mbu)

Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen mit der Landwirtschaft, DVL-Schriftenreihe „Landschaft als Lebensraum“, Heft 8, Mai 2006, 68 S., 5,- Euro; Hrsg./Bezug: DVL, Tel. 0981 / 46533540, [www.lpv.de](http://www.lpv.de)

#### **We Feed the World: Das Buch zum Film**

In dem Begleitbuch zu seinem erfolgreichen Dokumentarfilm „We Feed the World“ äußert sich Regisseur Erwin Wagenhofer zu Überernährung, Überproduktion und Überbevölkerung. Das Buch liefert Hintergrundinformationen über EU-Subventionen, Nahrungsmittelskandale, Dürre und Hunger in anderen Ländern. Beschrieben werden auch die Entstehungsgeschichte des Films und die Recherchen. Das Buch bringt auch noch weitere Beispiele, die nicht im Film zu sehen sind. (mbu)

Erwin Wagenhofer, Max Annas: We feed the world - Was uns das Essen wirklich kostet, Orange Press, Freiburg 2006, 192 S., 20,- Euro, ISBN 3-936086-26-5

#### **Langzeitversuche im Ökologischen Landbau**

In dem Buch werden 12 Langzeitversuche zu Methoden des Ökolandbaus aus Deutschland, den USA, Italien, Dänemark, der Schweiz, Österreich und Israel beschrieben. Unter anderem geht es um die Frage, wie sich Fruchtwechsel und organischer Dünger auf die Beschaffenheit des Bodens und damit auf die Ernte auswirken. Zu jedem Versuch gab es ein eigenes Konzept und eine spezielle wissenschaftli-

che Herangehensweise. Das Buch ist der erste Band in der Reihe ISOFAR Scientific Series. Gegründet wurde die Reihe von der International Society of Organic Agriculture Research (ISOFAR). (mbu)

J. Raupp, C. Pekrun, M. Oltmanns, U. Köpke (Hrsg.): Langzeitversuche im Ökologischen Landbau, ISOFAR Scientific Series Nr. 1, Verlag Dr. Köster, Berlin 2006, 204 S., 25,- Euro, ISBN: 3-89574-590-1

#### **Futter fürs Volk: Ursachen und Folgen von Fehlernährung**

In dem Buchreport „Futter fürs Volk“ analysieren Autoren Ursachen und Folgen von Fehlernährung. Sie gehen von der These aus, dass es zu Fehlernährung kommt, weil das Wissen über die Zusammenhänge und Hintergründe einer natürlichen Ernährung verloren geht. Claus-Peter Hutter und Lutz Ribbe von der Umweltstiftung Euronatur und der ZDF-Umweltredakteur Volker Angres geben außerdem Tipps, wie es auch anders geht. Küche und Kochen werden ebenso thematisiert wie die industrielle Nahrungsmittelproduktion und deren Auswirkung auf Gesundheit und Umwelt. (mbu)

V. Angres, C.-P. Hutter, L. Ribbe: Futter fürs Volk - Was die Lebensmittelindustrie uns aufischt, Knauer, München 2006, 398 S., 8,95 Euro, ISBN 3-426-77858-0

#### **Umweltquiz „Landwirtschaft konkret“**

Für Kinder ab 10 Jahren, Jugendliche und Erwachsene hat die Gregor-Louisoder-Stiftung Umweltwissen neu verpackt. In Quizform können die Leser/innen überprüfen, was sie über Ökolandbau, Pestizide, Gammelfleisch, Backwaren, Verbraucherschutz oder Weltmarkt wissen, und dabei spielerisch lernen. In verständlicher Sprache erhält man beim Quiz Infos über Lebensmittel, Landwirtschaft und Ernährung. (mbu)

Landwirtschaft konkret - 59 Quizfragen zu Landwirtschaft und Ernährung, 60 S.; Hrsg./Bezug: Gregor Louisoder Umweltstiftung, Briener Str. 46, 80333 München (1,45 Euro als Briefmarke beilegen)



## Plakettenverordnung verzögert sich

### Fahrbeschränkungen ermöglicht

Ende Mai hat das Bundeskabinett die „Verordnung zur Kennzeichnung emissionsarmer Kraftfahrzeuge“, kurz „Plakettenverordnung“, verabschiedet. Demnach werden Pkws, Lkws und Busse künftig in vier Schadstoffklassen sortiert und mit farbigen Plaketten gekennzeichnet. Ein Diesel-Pkw mit Euro 2, der sehr viel Kohlenmonoxid, Stickoxid und Partikel ausstößt, bekommt eine rote Plakette, einer mit Euro 3 eine gelbe. Grün gibt es für Euro 4 und 5.

### EU-Notifizierung verzögert In-Kraft-Treten

Die Verordnung soll allerdings zunächst der Europäischen Union vorgelegt werden, heißt es im Bundesumweltministerium. Das kann drei Monate dauern und ist nach Einschätzung von Umweltverbänden überflüssig. Werner Reh, Feinstaubexperte beim BUND, verwies dazu auf das ebenfalls nicht notifizierte ähnliche Modell in Italien und sprach von „Verschleppungstaktik.“ Die Verordnung soll außerdem erst fünf Monate, nachdem sie veröffentlicht ist, in Kraft treten, was wiederum erst nach der EU-Notifizierung möglich ist. Damit verliere man noch fast ein Jahr bei der Bekämpfung der Feinstaubbelastung, kritisierte Reh. Ohne die Kennzeichnung könnten Kommunen und Gemeinden keine Umweltzonen einrichten.

### Feinstaub gesundheitsschädlicher als angenommen

Nach aktuellen Untersuchungen des Municipal Institute of Medical Research in Barcelona kann Feinstaub nicht nur die Lunge, sondern praktisch den ganzen Körper beeinträchtigen. Reaktionen des Immunsystems könnten dazu führen, dass sich Gefäßwände entzünden, so Experte Nino Künzli. Auch Veränderungen des Blutbilds würden derzeit erforscht. (mr) ■

### • Weitere Informationen

BUND, Verkehrsexperte Werner Reh, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin  
Tel. 030 / 27586-435, Fax -440  
eMail: werner.reh@bund.net  
www.bund.net

## Fluglärm kann für Bluthochdruck sorgen

### Studie zeigt mögliche Folgen des Ausbaus des Frankfurter Flughafens

Eine nächtliche Lärmbelastung von 50 Dezibel erhöht die Gefahr von Bluthochdruck und damit eines Herzinfarkts oder Schlaganfalls. Dies ist das Ergebnis einer Untersuchung des Rhein-Main-Instituts und des Verkehrsclubs Deutschland (VCD). Außerdem wurde festgestellt, dass nach einer Belastung mit Lärm die Fähigkeit nachlässt, die anschließende Ruhe wahrzunehmen.

### Höhere Blutdruckwerte bei stärker mit Lärm belasteter Versuchsgruppe

An der Studie hatten sich 53 Menschen aus der Umgebung des Frankfurter Flughafens beteiligt. Täglich maßen die Probanden ihren Blutdruck und dokumentierten Schlafqualität und Lärmempfinden. Zum Vergleich wurden zwei Gruppen mit je nach Wetterlage stark wechselnder Fluglärmbelastung gebildet. Die Gruppe, die dem Fluglärm deutlich länger ausgesetzt war, zeigte statistisch signifikant höhere Blutdruckwerte. Dieser Anstieg werde vermutlich über eine vermehrte Ausschüttung von Stresshormonen verursacht, so Martin Kaltenbach, ehemaliger Chefarzt für Kardiologie am Frankfurter Universitätsklinikum. Die Menschen hätten umso schlechter geschlafen, je mehr Lärm sie ausgesetzt gewesen seien.

Durch den Bau der neuen Landebahn in der geplanten Nordwest-Variante würden 350.000 Menschen mit 55 und mehr Dezibel belastet - einer Größenordnung, die zu einer meßbaren Beeinträchtigung führe. Kaltenbach appellierte daher an die Verantwortlichen, zu prüfen, ob die angestrebten Ziele nicht schonender durch überregionale Verkehrsplanungen zu erreichen seien. (ez) ■

### • Weitere Informationen

Verkehrsclub Deutschland (VCD), Ulrich Kohnen, Projektleitung Flugverkehr, Kochstr. 27, 10969 Berlin  
Tel. 030 / 280351-0, Fax -10  
eMail: ulrich.kohnen@vcd.org  
www.vcd.org

Studie (PDF, 9 S., 530 kB):  
www.widema.de/downloads/  
rmlaermgesundheits20050623.pdf

## Kurzmeldungen

### Neue Pfandregeln gut für Mehrweg

Die neue Pfandregelung für Einwegverpackungen hat nach Einschätzung der Deutschen Umwelthilfe (DUH) dem Mehrwegsystem geholfen. Seit Mai können Einwegflaschen und Dosen in allen Geschäften zurückgegeben werden, wo Einweg verkauft wird. Durch die nun für die Läden aufwändigere Entsorgung stiegen die Kosten pro Einwegpackung um etwa 10 Cent. Dadurch sei die Wettbewerbsfähigkeit zwischen Einweg und Mehrweg wieder hergestellt, so die DUH. Die von der Verpackungsindustrie erhoffte Renaissance der Dose sei ausgeblieben, wie Stichproben gezeigt hätten. (ez)  
Quelle: taz, 9.6.06

### Rückgang der Aale durch PCB

Nach neuen Forschungsergebnissen ist nicht Überfischung, sondern Vergiftung mit polychlorierten Biphenylen (PCB) schuld am Bestandsrückgang der Aale. Fischereibiologen der Universität Leiden fanden heraus, dass die Muttertiere einen Teil des in ihrem Fettgewebe gespeicherten PCB in die Eier übertragen, wodurch die schlüpfenden Jungaale absterben. Durch das PCB-Anwendungsverbot sinke die Konzentration zwar langsam, für die Aale könne es jedoch zu spät sein. Die Forscher sehen die einzige Rettung in der künstlichen Aufzucht der Aale. (ez)  
Quelle: BBU-Wasserrundbrief 823 (2006)

### Psychologen: Umweltkatastrophen sind Folge normaler Gruppenprozesse

„Allgemeine Gesetzmäßigkeiten menschlichen Denkens und Handelns“ führten in Tschernobyl zu Regelverletzungen und zum GAU. Die entscheidenden Risikofaktoren lagen in der „normalen“ menschlichen Psyche und lassen sich nicht grundsätzlich eliminieren, so Dr. Gesine Hofinger und Kollegen in „Umweltpsychologie“. Im Alltag bringe das Verletzen von Sicherheitsvorschriften oft Zeitersparnis oder andere Vorteile. Diese Lernerfahrung bestimme künftige Gefahreinschätzungen. Die Haltung zu Sicherheitsregeln werde sozial tradiert: Ein Teammitglied, das die umständlichen Regeln einhalten will, müsse sich implizit vor der Gruppe für diese Erschwernis rechtfertigen. Als Folge würden Regelübertretungen in Organisationen normal. (mr)  
Quelle: Umweltpsychologie 1/2006, S. 26-45, www.umps.de  
■

## Gastbeitrag Biogas muss das Rennen machen

von Julia Biel, Forum Umwelt & Entwicklung <sup>1</sup>

### Alternative Kraftstoffe auf dem Vormarsch

Biogas als Kraftstoff findet derzeit noch wenig Beachtung in der öffentlichen Debatte. Bisher kann es sich gegen die Alternativen Biodiesel und Bioethanol noch nicht durchsetzen, obwohl es viele Vorteile gegenüber anderen Kraftstoffen hat. Gerade im Sinne der Energiewende ist es an der Zeit, Biogas salonfähig zu machen.

Das Thema Energie wird im Rahmen der Debatte über nachhaltige Entwicklung heute weltweit lebhaft diskutiert. Fossile Energieträger wie Erdöl neigen sich unweigerlich dem Ende zu, der gigantische Nachfrageanstieg aus China und Indien sowie der absehbare Peak der Ölproduktion treiben die Rohölpreise auf den internationalen Energiemärkten in die Höhe. Weltweit wird die allgemeine Energiesicherheit immer häufiger in Frage gestellt. Regionen, die über fossile Rohstoffreserven verfügen aber auch Regionen, deren Energieversorgung von den Vorräten der erstgenannten abhängen, geraten zunehmend unter Druck durch politische oder gar militärische Konflikte. Dass Alternativen dringend von Nöten sind, steht außer Frage. Vor diesem Hintergrund geraten erneuerbare Energien immer stärker in den Mittelpunkt der Diskussion.

Neben der Solar-, Wind- und Wasserenergie wird vor allem Bioenergie als viel versprechende Option mit großem Potential gehandelt. Nachwachsende Rohstoffe wie Holz oder Energiepflanzen, landwirtschaftlicher Abfall und Gülle scheinen attraktive und umweltfreundliche Energielieferanten darzustellen. Flüssigtreibstoffe wie Biodiesel und Ethanol stehen in der öffentlichen Debatte derzeit hoch im Kurs. Die Vorstellung Autos mit Kraftstoff aus organischer Biomasse oder Bioabfällen zu betanken, sich sowohl von den schwankenden Rohölpreisen abkoppeln als auch einen Bei-

trag zum Klimaschutz leisten zu können, klingt natürlich verlockend.

### Ökobilanz von Biokraftstoffen

Wie sehen jedoch die Umweltbilanzen dieser flüssigen Biokraftstoffe konkret aus? Sind sie tatsächlich so umweltfreundlich wie generell behauptet wird und lassen sie sich wirklich im Sinne der Nachhaltigkeit anbauen, transportieren und vermarkten?

Bei aller Biokraftstoff-Euphorie werden oftmals gewichtige Nachteile im Zusammenhang mit der Herstellung, Nutzung und dem Handel mit flüssigen Biotreibstoffen außer Acht gelassen.

Um innerhalb Deutschlands und der EU erfolgreich flüssige Biokraftstoffe produzieren zu können, müssen zunächst ausreichend nutzbare Anbauflächen zur Verfügung stehen. Der Hektarertrag von Raps und Weizen - die hauptsächlich für die Herstellung von Biodiesel und Ethanol verwendet werden - ist mit 1 100 bis 2 200 Liter relativ gering, sodass große Anbauflächen benötigt werden. Da diese in Deutschland bzw. in der EU jedoch in der Zukunft nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen werden, ist man auf Importe angewiesen. Importe richten sich in der Regel nach dem Marktprinzip des jeweils günstigsten Anbieters. Große Exporteure wie Brasilien und Indonesien produzieren Rohstoffe auf Mega-Plantagen für Zuckerrohr bzw. Palmöl. Monokulturen und das großflächige Abholzen von Regenwald entsprechen aber nicht dem Gebot der Nachhaltigkeit, sondern zerstören Biodiversität und Wohnraum und stellen nicht zuletzt Umweltrisiken für wichtige und sensible Ökosysteme dar. Diese Aspekte können die angeblich durchweg positive Ökobilanz biogener Flüssigtreibstoffe relativieren. Zusätzlich wird diese noch durch den, für die z. T. energieintensive Produktion von Biokraftstoffen, erforderlichen Einsatz fossiler Rohstoffe bei Nutzfahrzeugen und Anlagen geschmälert.

### Außenseiter Biogas?

Vor diesem Hintergrund drängt sich die Frage auf, warum die aktuelle Diskussion über neue Kraftstoffalternativen sich fast ausschließlich auf Flüssigtreibstoffe beschränkt. Warum findet die Alternative „Biogas“ derzeit noch so wenig Beachtung in der öffentlichen Debatte?

Biogas existiert bereits als Alternative zu Biodiesel und/oder Bioethanol, nur ist

diese Option nach wie vor mit einem schlechten Image behaftet. Allgemein negative Assoziationen mit Gülle und Geruchsbelastigung bremsen die Akzeptanz der Öffentlichkeit. Obwohl das deutsche Erdgasnetz bereits optimal erschlossen ist, kann Erdgas als Kraftstoff vergleichsweise schwer bezogen werden. Solange das Netz von Erdgastankstellen nicht weiter ausgebaut und das Problem der Netzeinspeisung von Biogas nicht gelöst ist, kann sich Biogas als Alternative auf dem Markt nur schwer etablieren. Zwar wurden durch das Energie-Einspeisungsgesetz die Marktchancen für Biogas bereits erheblich verbessert, diese werden jedoch durch eine vergleichsweise aufwändige Gasaufbereitung sowie die hohen Netzzutritts- und -nutzungsgebühren wieder abgebremst. In Österreich wird daher z. B. die Anerkennung einer „virtuellen“ Entnahme von Biogas an einem beliebigen Entnahmepunkt des öffentlichen Erdgasversorgungsnetzes angestrebt. So sollen kostendeckende Preise möglich werden.

Durch die expansive Nutzung von Biogas wäre eine dezentrale Energieversorgung möglich, was für die Verbraucher grundsätzlich positiv wäre. Einigen wenigen Monopolisten samt ihrer Lobby wäre dies jedoch ein Dorn im Auge. So wird die erfolgreiche Expansion von Biogas als Kraftstoff nicht zuletzt durch die großen Erdölkonzerne ausgebremst.

### Vorteile von Biogas

Dabei bietet die Alternative Biogas im Gegensatz zu den Konkurrenten Biodiesel und Ethanol eine Vielzahl von Vorteilen:

- Im Gegensatz zu Biodiesel oder Bioethanol können für die Erzeugung von Biogas ganze Pflanzen genutzt werden. Dadurch ist ein fast viermal höherer Hektarertrag möglich als bei Biodiesel.
- Für die Vergärung eignen sich eine Vielzahl von Stoffen: Energiepflanzen, Restpflanzen, Nebenprodukte der Lebensmittel- und Rohstoffproduktion, Gülle.
- In aufbereiteter Form ist Biogas vollständig kompatibel zu Erdgas, sodass die komplette Erdgas-Infrastruktur ohne Einschränkungen für die Versorgung mit Biogas genutzt werden kann und Biogas für alle Erdgasvorhaben verfügbar wäre.
- Bei der Biogaseinspeisung in das Erdgasnetz können alle für Erdgastankstellen zugelassenen Erdgasfahrzeuge ohne motortechnische Umstellung problemlos betrieben werden.

<sup>1</sup> Die Autorin studiert Geographie an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz und ist derzeit Praktikantin beim Forum Umwelt und Entwicklung. Der Beitrag erschien zuerst in: „Visionen und Alpträume - Energiepolitik im Widerstreit“, Forum Umwelt & Entwicklung Rundbrief II/2006. ●

- Mit der direkten Einspeisung in das Erdgasnetz können 90-99 % der erzeugten Energie tatsächlich genutzt werden.
- Wie eine Studie im Auftrag des österreichischen Umweltbundesamtes belegt, kann der Einsatz von Biogas als Kraftstoff nicht nur zur Reduktion von Treibhausgasen führen, sondern auch zu verringerten Emissionen von Luftschadstoffen. So bietet Biogas ein Einsparungspotential an Treibhausgasemission von 20 % bis 53 % im Vergleich zu einem durchschnittlichen Dieselfahrzeug.
- Unter Kosten-Nutzen-Aspekten ist der wesentliche Vorteil von Biogas klar ersichtlich: So liefert eine Anbaufläche von 1 Hektar Mais rund 40.000 kWh Biogas, wogegen auf einer Anbaufläche von 1 Hektar Raps für Biodiesel lediglich ein Energiegehalt von 9.940 kWh generiert werden kann.

### Biogas fördern

Trotz seiner zahlreichen Vorteile ist Biogas als sinnvolle und nachhaltige Möglichkeit der Energiegewinnung in den Köpfen der Menschen bislang nicht angekommen. Letztendlich kann nur der Erfolg von Erdgas den Weg für eine erfolgreiche Zukunft von Biogas ebnen. Es muss also in Zukunft mehr getan werden, um die Alternative Erd- und Biogas grundsätzlich attraktiver zu machen. Das Image von Erdgas kann durch Biogas zum Beispiel in den Bereich der regenerativen Energien gelangen und sowohl in wirtschaftlicher wie auch in politischer Hinsicht als „Brückenergie“ zwischen fossilen und erneuerbaren Energien fungieren. Weitere Märkte, wie der Wärmemarkt oder der erweiterte Strommarkt könnten für Biogas erschlossen werden. Steuerbefreiungen als wirtschaftliche Anreize würden dabei eine wichtige Rolle einnehmen um Biogas als Treibstoff salonfähig zu machen. Durchleitungsgebühren müssten für Biogas vergünstigt werden und die öffentliche Hand sollte versuchen, beispielhaft voran zu gehen, indem sie städtische Fahrzeugflotten wie Busse und Taxen umfassend umrüstet und so das Vertrauen potentieller Konsumenten stärkt. ■

### • Weitere Informationen

Forum Umwelt & Entwicklung, Monika Brinkmüller, Am Michaelshof 8-10, 53117 Bonn  
Tel. 0228-359704, Fax -92399356  
eMail: [info@forumue.de](mailto:info@forumue.de)  
[www.forumue.de](http://www.forumue.de)

### Gratis-Verschmutzungsrechte schaden der Umwelt

#### Bis 2012 will Deutschland 21 Prozent weniger CO<sub>2</sub> ausstoßen

Die Bundesregierung hat Ende Juni den Plan von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel zum Emissionshandel für 2008 bis 2012 angenommen. Der so genannte Nationale Allokationsplan regelt, wie viel klimaschädliches CO<sub>2</sub> deutsche Energieunternehmen und Industriebetriebe ausstoßen dürfen und wie viele Emissionszertifikate die Konzerne zugeteilt bekommen. Mit dem Handel dieser Zertifikate soll - wie es das Kyoto-Protokoll vorsieht - der Ausstoß von Treibhausgasen bis 2012 um 5 Prozent verringert werden. Deutschland will sogar 21 Prozent Reduzierung schaffen, die EU verpflichtete sich zu acht Prozent weniger Emissionen.

#### DIW: Zertifikate-Versteigerung brächte dem Staat bis zu zwei Milliarden Euro

Fabriken und Kraftwerke dürfen die Menge Kohlendioxid ausstoßen, für die sie über Zertifikate verfügen. Ist der Ausstoß geringer, können sie die übrigen Verschmutzungsrechte verkaufen. Den Handel mit den CO<sub>2</sub>-Verschmutzungsrechten halten die meisten Umweltverbände im Prinzip für sinnvoll, kritisieren aber die kostenlose Vergabe der Zertifikate. Der BUND forderte die Große Koalition auf, im Herbst die Versteigerung von 10 Prozent der Verschmutzungsrechte zu beschließen. Das ist von der EU erlaubt und würde der öffentlichen Hand nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) ein bis zwei Milliarden Euro jährlich einbringen. Die Einnahmen sollten nach Meinung des BUND in einen Energieeffizienzfonds fließen.

#### Höhere Strompreise befürchtet

Auch die bevorzugte Behandlung von Kohlekraftwerken im Allokationsplan wird von den Umweltverbänden kritisiert. Dass es für diese doppelt so viel Emissionsrechte gebe wie für den Bau von Gaskraftwerken, schade dem Klimaschutz, so der BUND. Laut DIW führt diese Privilegierung außerdem zu bis zu 20 Prozent höheren Strompreisen. Denn der Allokationsplan schaffe Anreize, neue Kohlekraftwerke zu bauen. Die Kosten würden die Konzerne auf die Verbraucher/innen abwälzen. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

BUND, Energierreferent Thorben Becker, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin  
Tel. 030 / 275864-421, Fax -440  
eMail: [thorben.becker@bund.net](mailto:thorben.becker@bund.net)  
[www.bund.net](http://www.bund.net)

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Königin-Luise-Straße 5, 14195 Berlin  
Tel. 030 / 89789-0, Fax -200  
[www.diw.de](http://www.diw.de)

## Steuern für Biokraftstoffe ab 2007

### Energieerzeugnisse zur

#### Stromproduktion bleiben steuerfrei

Die Große Koalition hat Ende Juni den Regierungsentwurf zur Besteuerung von Biokraftstoffen verabschiedet. Danach bleibt reines Pflanzenöl nur noch bis Ende 2007 steuerfrei. Bei Biodiesel sollen ab August bis Ende 2007 neun Cent pro Liter an Steuern fällig werden. 2008 bis 2012 sollen die Steuersätze für Pflanzenöl und Biodiesel dann jährlich steigen - bis auf 45 Cent pro Liter. Steuerfrei bleiben lediglich Biokraftstoffe, die in der Landwirtschaft eingesetzt werden.

### Beimischungsquote wird extra geregelt

Das Energiesteuergesetz löst das bisherige Mineralölsteuergesetz ab. Die Steuertarife ändern sich nicht. Neu ist, dass die fossilen Energieträger Steinkohle, Braunkohle und Koks künftig - grundsätzlich - besteuert werden. Allerdings sind alle Energieerzeugnisse, die zur Stromerzeugung dienen, von der Steuer befreit. Fossile Großkraftwerke bleiben steuerlich also weiterhin privilegiert.

Bis 2018 bleibt auch Autogas, also Erdgas und Flüssiggas in Motoren, privilegiert. Die in der Koalitionsvereinbarung vorgesehene Beimischungsquote von Biokraftstoffen zu fossilen Kraftstoffen soll nach Regierungsangaben später gesondert geregelt werden.

### Kritik von Umweltverbänden

Das neue Energiesteuergesetz gilt künftig für fast alle Energieerzeugnisse: für Benzin, Diesel und Heizöl, für Erdgas, Flüssiggas und Biokraftstoffe. Ausgenommen sind Holz und Torf. Die Bundesregierung setzt damit die Europäische Energiesteuer-richtlinie von 2003 in deutsches Recht um. Die meisten Umweltverbände kritisieren die Neuregelung. Sie gefährde den Rein-Biokraftstoffmarkt von Grund auf, sagte Eurosolar-Präsident Hermann Scheer. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Eurosolar, Kaiser-Friedrich-Str. 11, 53113 Bonn  
Tel. 0228 / 362373  
eMail: info@eurosolar.org  
www.eurosolar.org

## Forscher warnen vor Gen-Mais als Energierohstoff

### Experten: Biotech-Branche sucht Einfallstor für Agro-Gentechnik

Wissenschaftler haben vor dem Einsatz gentechnisch veränderter Pflanzen beim Anbau nachwachsender Rohstoffe für die Energieversorgung gewarnt. Mit dem geplanten Anbau von transgenem Mais für Biokraftwerke würde der umstrittenen Gentechnik das Einfallstor in die Landwirtschaft geöffnet, warnten Forscher der Universität Bremen im Juni. Auf einer Tagung des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) diskutierten Vertreter/innen von gentechnikfreien Regionen über Alternativen zur gentechnisch orientierten Landwirtschaft.

### Weltweit auf sechs Prozent der Fläche Gentechnik

Nach Angaben der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) werden 2006 weltweit auf 91 Millionen Hektar Gen-Pflanzen angebaut. Das sind sechs Prozent der globalen Anbaufläche. Mit einer Anbaufläche von 970 Hektar für transgenen Mais gelte Deutschland noch als gentechnikfrei. Weil die Gentechnik in der deutschen Ernährungsbranche von Produzenten und Verbrauchern weitgehend abgelehnt werde, versuche die Agrogentechnikindustrie nun vor allem mit transgenen Energiepflanzen Fuß zu fassen, fürchten Experten. Vor allem die Bundesländer Rheinland-Pfalz, Hessen und Mecklenburg-Vorpommern unterstützen die Pläne.

Bundesweit gibt es zurzeit 93 gentechnikfreie Regionen mit einer Gesamtfläche von 1,7 Millionen Hektar. Diese 5,5 Prozent der deutschen Agrarfläche sind durch die Erklärung von über 25.000 Landwirten und Initiativen vor genmanipulierter Bewirtschaftung geschützt. Das verhindert allerdings nicht die Gentechnik-Kontaminationen, die von Feldern außerhalb der gentechnikfreien Zonen ausgehen. (mbu) ■

### • Weitere Informationen

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm  
Tel. 02381 / 9053170, Fax /492221  
eMail: info@abl-ev.de  
www.abl-ev.de

## Starke Stadtwerke durch Erneuerbare Energien

### Konferenzteilnehmer diskutierten über Zukunft der lokalen Energieversorgung

Mit einem Appell für starke kommunale Energieversorger endete Anfang Juni die Eurosolar-Konferenz „Stadtwerke mit Erneuerbaren Energien“ in Schwäbisch Hall. Rund 150 Vertreter/innen aus Stadtwerken, Kommunen und Unternehmen der Energiewirtschaft diskutierten die Modernisierung der lokalen Energieversorgung durch Erneuerbare Energien.

### Stadtwerke nehmen zentrale Rolle ein

Vor dem Hintergrund steigender Kosten für immer knapper werdende fossile Energieträger machte Eurosolar-Präsident Hermann Scheer die zentrale Rolle der Stadtwerke deutlich: „Stadtwerke sind den Verbrauchern und den regionalen Energiequellen am nächsten. Darum sind sie die einzigen Energieversorger mit Zukunft.“ Die unerschöpflichen Potenziale für Strom, Wärme und Treibstoffe auf der Basis Erneuerbarer Energien könnten nur dezentral sinnvoll erschlossen werden - so auch der Tenor zahlreicher Beispielprojekte, die präsentiert wurden.

### Vorreiter Schwäbisch Hall

Johannes van Bergen, Geschäftsführer der Stadtwerke Schwäbisch Hall, schilderte die Erfolgsgeschichte des Energieversorgers, der sich als Motor für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz versteht. Voraussetzung auch für eine starke lokale Wertschöpfung seien unabhängige Stadtwerke. Es sei ein „großer historischer Fehler“ vieler Städte, ihre Stadtwerke an die Stromkonzerne zu verkaufen.

### Jährliche Folgekongresse geplant

Der Ausbau eigenständiger Kraftwerkskapazitäten in Bürgerhand muss nach Ansicht von Eurosolar weiter forciert werden, um sich von den fossilen Energiemärkten unabhängiger zu machen und gleichzeitig regionale Wirtschaftskreisläufe zu schließen. Nach dem großen Erfolg der Veranstaltung wird die Konferenz von jetzt an jährlich fortgesetzt. (mr) ■

### • Weitere Informationen

Eurosolar e.V., Kaiser-Friedrich-Straße 11, 53113 Bonn  
Tel. 0228 / 36-2373, Fax -1279  
info@eurosolar.org  
www.eurosolar.org

## Tricks bei Atomausstieg

### Ringtausch von Restlaufzeiten?

Die Energiekonzerne hoffen mittels eines Ringtauschs von Atomstrom-Kontingenten, ihre Kraftwerke länger am Netz behalten zu können. Das berichtete die Financial Times Deutschland im Juni. Eine Schlüsselrolle spielen dabei das Kraftwerk Mülheim-Kärlich. Der Reaktor, der nach 100 Tagen abgeschaltet werden musste, hat laut Atomgesetz 107 Mrd. kWh an Stromerzeugung gut. Nun möchte die Atomwirtschaft diese Laufzeit teilweise auf den Reaktor Biblis B übertragen und von dort an den Reaktor Brunsbüttel weiterreichen. Allerdings verbietet das Atomgesetz die Weitergabe.

### Stromkonzernen wollen Kontingente untereinander handeln

Bisher waren Befürworter wie auch Gegner des Atomausstiegs stets davon ausgegangen, dass die Reaktorbetreiber nur intern Restlaufzeiten austauschen. Inzwischen scheint es denkbar, dass Kontingente von Reaktoren eines Konzerns auf Meiler eines anderen übertragen werden. Dann würden die Kontingente zwischen den Firmen gehandelt und bekämen einen Marktwert. Auf diese Weise könnte EnBW den Reaktor Neckarwestheim I mittels freier Strommengen des abgeschalteten Eon-Meilers Stade möglicherweise über die nächste Bundestagswahl und in eine erhoffte schwarz-gelbe Regierungsmehrheit retten.

### Gabriel wirft Glos „Trickserei“ vor

Im Streit um längere Laufzeiten für Atomkraftwerke hat Bundesumweltminister Sigmar Gabriel Bundeswirtschaftsminister Michael Glos Trickserei vorgeworfen. Die Absicht, alte Atomkraftwerke in die nächste Legislaturperiode zu retten, sei zwar trickreich, aber keine Begründung für eine Genehmigung, sagte Gabriel der Hannoverischen Neuen Presse. Die Übertragung von Laufzeiten sei an eine Ausnahme genehmigung des Umweltministers geknüpft. „Ein solcher Antrag bedarf einer besonderen Begründung. Die kann ich bisher nicht erkennen“, sagte Gabriel. (mr) ■

### • Weitere Informationen

Bundesumweltministerium (BMU), Alexanderplatz 6, 10178 Berlin  
Tel. 01888 / 305-2010, Fax -2016  
eMail: [presse@bmu.bund.de](mailto:presse@bmu.bund.de)  
[www.bmu.de](http://www.bmu.de)

## Kurzmeldungen

### Online-Energiespar-Basar eröffnet

Rund um die Uhr produzieren in Deutschland zwei Großkraftwerke Strom, der von den Verbraucher/innen bezahlt und „weggeworfen“ wird. Allein der im Stand-by-Betrieb vergeudete Strom kostet den Durchschnittshaushalt jährlich 70 Euro. Um diesem Trend entgegen zu steuern, hat der Bund der Energieverbraucher in Kooperation mit den Elektrizitätswerken Schönau (EWS) einen „Online-Energiespar-Basar“ ins Leben gerufen. Über die Internetseite sollen praktische Hilfsmittel gegen Energie- und Wasserverschwender bekannt gemacht und auch verkauft werden. Neben besonders energieeffizienten Geräten werden auch Produkte angeboten, die „Spaß am Energiesparen vermitteln“, aufklären oder bilden. (mr)

● [www.energiespar-basar.de](http://www.energiespar-basar.de)

### Umweltministerium kündigt Erneuerbaren-Wärmegesetz an

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel hat Anfang Juli angekündigt, das Heizen mit erneuerbaren Energien stärker als bisher zu fördern. Mit einem Erneuerbaren-Wärmegesetz will Gabriel die Wärmegewinnung aus erneuerbaren Energien am Markt konkurrenzfähig machen. Noch ist das Heizen aus erneuerbaren Quellen teurer als mit Gas oder Öl. Das Ministerium prüft verschiedene Fördervarianten, die zwischen 500 Millionen und 1,2 Milliarden Euro jährlich kosten würden. Zum bereits bestehenden Marktanzreizprogramm gebe es Alternativen, sagte Gabriel. Als Beispiele nannte er Steuerzuschüsse oder die Verpflichtung für Hauseigentümer, einen bestimmten Prozentsatz erneuerbare Energie einzuspeisen. Mit den Maßnahmen soll der Anteil der Erneuerbaren Energien bei der Wärmeerzeugung bis 2020 von derzeit 5,4 Prozent auf 12 Prozent gesteigert werden. (mbu)

Quelle: dpa 02.07.2006

### Bürgerinitiative rechnet auch 2006 mit Castor-Transport

Entgegen den Ankündigungen des niedersächsischen Innenministeriums rechnet die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg für November mit dem erneuten Transport von zwölf Castor-Behältern in das Atomülllager Gorleben. Wegen einer verhängten Urlaubssperre der Polizei im November gehe man von einem Transport in diesem Zeitraum aus und bereite Aktionen

dagegen vor. Für 2007 erwarten die BI und auch der Betreiber allerdings keine Lieferung von hochradioaktiven Abfällen aus Frankreich in das Zwischenlager. Nach Angaben der Brennelementlager Gorleben (BLG) sind dafür neue Behälter notwendig, da die in Glas eingeschmolzenen Wiederaufarbeitungsabfälle stärker strahlen und heißer sind. Die neuen Behälter sind allerdings bislang weder genehmigt noch gefertigt. Nach Angaben der Bürgerinitiative könnten allerdings stattdessen 2007 fünf Castor-Behälter mit Abfällen aus der kleinen ehemaligen deutschen Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe nach Gorleben gebracht werden. Bislang wird allerdings in Karlsruhe noch die Verglasungsanlage getestet, die zum Einschmelzen der dortigen Wiederaufarbeitungsabfälle dienen soll. (mr)

Quelle: taz, 6.6.2006

■

## Doppelt so viele Arbeitsplätze im Umweltsektor möglich

### Verbände übergeben Studie an Bundesumweltminister Gabriel

Die Zahl von heute 1,5 Millionen Beschäftigten im Umweltbereich kann sich bis 2020 verdoppeln. Dies ist das Ergebnis einer gemeinsamen Studie von DNR, BUND und NABU, die Bundesumweltminister Gabriel im Juni überreicht wurde. Voraussetzung dafür sei allerdings, dass die Bundesregierung entsprechende Rahmenbedingungen schaffe, so die Verbände.

### Bereits vier Prozent der Beschäftigten im Umweltsektor tätig

Die Vorsitzende des BUND Angelika Zahrrnt sagte, schon jetzt sei der Umweltschutz ein bedeutender und stabilisierender Faktor für den deutschen Arbeitsmarkt geworden, in dem rund vier Prozent der deutschen Beschäftigten arbeiteten. DNR-Präsident Hubert Weinzierl forderte, Ressourcen zu schonen und gleichzeitig Arbeitsplätze zu schaffen müsse die Devise der Zukunft sein.

### Erneuerbare-Energien-Branche könnte 500.000 Arbeitsplätze schaffen

Die Studie mit dem Titel „Umwelt und Beschäftigung 2006“ stellt auch fest, dass der deutsche Arbeitsmarkt und die Wirtschaft enorm von den zu erwartenden Investitionen in Erneuerbare Energien profitieren könnten. Wenn die Bundesregierung das Potenzial der Erneuerbaren im Strom- und im Wärmesektor voll ausschöpfen würde, könnten allein durch den Ausbau von Wind-, Sonnen- und Biomasseenergie insgesamt 500.000 Arbeitsplätze in Deutschland vorhanden sein. Ein noch größeres Potenzial habe die Verbesserung der Ressourceneffizienz bei Produkten und Dienstleistungen. Längerfristig seien hier insgesamt bis zu einer Million Beschäftigungsverhältnisse möglich. (ez) ■

#### • Weitere Informationen

BUND, Referent für Nachhaltigkeit Daniel Unsöld, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin  
Tel. 030 / 27586-462, Fax -449  
eMail: daniel.unsoeld@bund.net  
www.bund.net

Studie sowie Zusammenfassung:  
www.umweltbeschaeftigt.de

## Wissenschaftler prangern verschwenderische Firmen an

### Studie: Wirtschaft nutzt Einsparmöglichkeiten nicht

Die deutsche Wirtschaft könnte jedes Jahr riesige Summen sparen, wenn sie Rohstoffe effizienter nutzen würde. Das ergab eine Untersuchung im Auftrag der unabhängigen Aachener Stiftung Kathy Beys. Nach Angaben von Maximilian Gege, Vizepräsident des Wissenschaftlergremiums Weltzukunftsrat, gehen immer noch viele Firmen verschwenderisch mit Rohstoffen wie Erdöl oder Metallen um.

Durch eine effizientere Nutzung könnten laut der Studie jährlich 97 bis 200 Millionen Euro eingespart werden. Allein Industrie und Handwerk könnten bis zu 83 Milliarden Euro sparen. Bis jetzt hätten sich zudem 80 % der Einsparmaßnahmen auf innerbetriebliche Änderungen konzentriert. Um das Einsparpotenzial vollständig zu nutzen, müssten aber auch die Zulieferkette oder das Produktdesign betrachtet werden.

### Firmen unterschätzen Kosten mangelnden Umweltmanagements

Laut Gege, der auch Vorsitzender des gemeinnützigen Bundesdeutschen Arbeitskreises für Umweltbewusstes Management (BAUM) ist, lassen sich zwei bis fünf Prozent der unternehmerischen Gesamtkosten durch Umweltmanagement vermeiden. Dies gelte besonders für die Bereiche Energie, Wasser/Abwasser und Rohstoffe. Dieses Potenzial werde jedoch von den meisten Unternehmen unterschätzt. (ez) ■

#### • Weitere Informationen

Bundesdeutscher Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management (B.A.U.M), Osterstr. 58, 20259 Hamburg  
Tel. 040 / 4907-1100, Fax -1199  
eMail: info@baumev.de  
www.baumev.de

Studie:

www.baumev.de/dokumente/  
nachrichten/2006/02/goldgrube.pdf

## Umweltminister beklagt zu großen Einfluss der Wirtschaft

### Gabriel fordert „Rückeroberung des Vorrangs der Politik“

Die Wirtschaft nimmt einen immer stärkeren Einfluss auf die Umweltpolitik ein. Dies bemängelte Bundesumweltminister Sigmar Gabriel auf der Eröffnung des Fachsymposiums „20 Jahre Bundesumweltministerium - Bilanz und Perspektiven“. Immer wieder würde heutzutage der Versuch unternommen, eine ambitionierte Umweltpolitik gegen eine erfolgreiche wirtschaftliche und soziale Entwicklung auszuspielen, sagte Gabriel.

Nötig sei „so etwas wie eine zweite Aufklärung“: Nach der Trennung von staatlicher und religiöser Macht gehe es jetzt um die Rückeroberung des Vorrangs der Politik über wirtschaftliche Einzelinteressen, sagte der Minister. Staat und Regierung müssten vor der Androhung von Produktionsverlagerungen immer wieder kapitulieren, kritisierte er.

### „Weltweite Spielregeln für Globalisierung“ gefordert

Seine Kritik an der Wirtschaft verband der Umweltminister mit einem Plädoyer für eine Globalisierung der Umweltpolitik. Vor dem Hintergrund weltweiter Märkte brauche es auch „weltweite Spielregeln, die diesen Märkten Grenzen setzen“. Nötig seien dazu nicht nur umweltpolitische Mitarbeiter in der Welthandelsorganisation, sondern vor allem die Gleichsetzung sozialer und ökologischer Standards mit den ökonomischen Kriterien der WTO.

### Sozial Schwache müssen am meisten unter Umweltproblemen leiden

Gabriel wies auch darauf hin, dass sozial schwach gestellte Menschen am meisten unter Umweltproblemen leiden. So könnten sich diese oft nur Wohnungen an stärker belasteten Straßen leisten, wo sie sich der Luftverschmutzung und dem Lärm nicht entziehen könnten. Auch in Schwellen- und Entwicklungsländern seien es die Armen, die am meisten vom Klimawandel betroffen seien. (ez) ■

#### • Weitere Informationen

Bundesumweltministerium (BMU), Alexanderplatz 6, 10178 Berlin  
Tel. 01888 / 305-2010, Fax -2016  
eMail: presse@bmu.bund.de  
www.bmu.de

## Umweltverbände gegen Föderalismusreform

### Länder-Wettlauf um niedrigste Umweltstandards befürchtet

Im Juni haben der DNR, der BUND und zahlreiche weitere Umweltverbände noch einmal die Föderalismusreform scharf kritisiert. Das Reformpaket enthalte keine klaren Regelungen zum Natur- und Umweltschutz. Damit werde die Chance auf ein modernes und übersichtliches Umweltrecht vertan. Auch das Ziel, die Kompetenzen zwischen Bund und Ländern zu entwirren, werde verfehlt.

### Abweichungsrechte ermöglichen Umgehung von Umweltgesetzen

Durch die Reform bekommen die Länder die Möglichkeit eigene Regelungen zu treffen, die vom Bundesrecht abweichen. Dadurch könnten wichtige Regelungen im Umweltschutz ausgehöhlt werden, kritisierten die Verbände. Die Länder würden künftig um die niedrigsten Umweltstandards wetteifern, um Investoren anzuziehen. Diese würden dann in das Bundesland gehen, in dem sie die geringsten Umweltauflagen zu befürchten hätten.

### DNR sieht Hauptschuld bei Stoiber

Als „Drahtzieher“ der gegen den Naturschutz gerichteten Änderungen bezeichnete der DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen den bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber. Dieser habe bei den Länder-Abweichungsrechten „den Bund über den Tisch gezogen“.

Trotz vieler weiterer Proteste gegen die Föderalismusreform auch aus der SPD wurde das Paket nach einer letzten Änderung bei den Hochschul-Kompetenzen Ende Juni im Bundestag und Anfang Juli im Bundesrat beschlossen. (ez) ■

### • Weitere Informationen

Deutscher Naturschutzring (DNR), Generalsekretär Helmut Röscheisen, Am Michaelshof 8-10, 53117 Bonn  
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96  
eMail: [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de)  
[www.dnr.de](http://www.dnr.de)

BUND, Bundesgeschäftsführer Gerhard Timm, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin  
Tel. 030 / 275864-0, Fax -40  
eMail: [info@bund.net](mailto:info@bund.net)  
[www.bund.net](http://www.bund.net)

## Historischer Erfolg für Tagebauegegner

### Oberverwaltungsgericht hob Urteil auf

Als „historischen Erfolg für die Tagebauegegner“ hat der nordrhein-westfälische Landesverband des BUND das Garzweiler-Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) gewertet. Das Gericht in Leipzig hatte Ende Juni ein Urteil des nordrhein-westfälischen Oberverwaltungsgerichts (OVG) aufgehoben, das die Klage eines im Braunkohle-Abbaugbiet Garzweiler II lebenden Bürgers gegen die Zulassung des bergrechtlichen Rahmenbetriebsplans abgewiesen hatte. Mit dem Urteil folgte das Bundesverwaltungsgericht der Argumentation, wonach der Schutz der Grundrechte der Betroffenen es verlangt, dass deren Belange bereits bei der Betriebsplanzulassung berücksichtigt werden.

### Bisher nur theoretischer Rechtsschutz

Eine solche Prüfung ist bislang in der Geschichte des Bergbaus in Deutschland noch nie vorgenommen worden. Bislang wurden Klagen ohne Sachprüfung abgewiesen und auf theoretische Rechtsschutzmöglichkeiten gegen eine spätere Enteignung verwiesen. Da diese jedoch stattfindet, wenn der Tagebau bereits durchgeführt und die Umsiedlung der Ortschaften schon vollzogen wurde, existierte in der Praxis keine Rechtsschutzmöglichkeit für die Betroffenen.

### Neues Urteil über Garzweiler II steht aus

Die Bergbaubehörden sind nun verpflichtet, bereits im Verfahren zur Zulassung des Rahmenbetriebsplans zu prüfen, ob die Interessen und Rechte der betroffenen Menschen der Tagebau-Zulassung entgegenstehen. Da diese gerichtlich anfechtbare Prüfung des Bergamts im Falle des Tagebaus Garzweiler II zu keinem Zeitpunkt stattgefunden hat, ist die Rahmenbetriebsplanzulassung aus Sicht von BUND und Privatkläger rechtswidrig. Hierüber hat aufgrund des Revisionsurteils nun das OVG neu zu entscheiden. (mr) ■

### • Weitere Informationen

BUND NRW, Geschäftsleiter, Dirk Janzen, Merowingerstraße 88, 40225 Düsseldorf  
Tel. 0211/ 302005-0, Fax -26  
[bund.nrw@bund.net](mailto:bund.nrw@bund.net)  
[www.bund-nrw.de/braunkohle.htm](http://www.bund-nrw.de/braunkohle.htm)

## Lesenswert

### Bericht „Zur Lage der Welt 2006“ mit Schwerpunkt Indien und China

Der rasante ökonomische Aufstieg der bevölkerungsreichen Länder China und Indien verändert die Welt. Aber nicht nur in der globalen Wirtschaft ist dieser Wandel bemerkbar, sondern auch in der Kultur, der Politik und im Alltag. Eine weltweite nachhaltige Entwicklung ist ohne diese beiden Länder nicht zu erreichen. Wie das zum Wohle aller gelingen kann, beschreibt der Bericht „Zur Lage der Welt 2006“ des Worldwatch-Instituts in Washington in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung und Germanwatch. Weitere Beiträge befassen sich mit aktuellen Themen wie Nanotechnologie, Biotreibstoffe und Fleischproduktion. (ez)

Worldwatch Institute (Hrsg.): Zur Lage der Welt 2006 - China, Indien und unsere gemeinsame Zukunft, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2006, 320 S., 19,90 Euro, ISBN-Nr 3-89691-628-9

■

## 50 Jahre Naturparke in Deutschland

### Qualitäts-Auszeichnung für die ersten 13 Parke

Deutschland hat seine ersten „Qualitäts-Naturparke“. Anlässlich des 50. Geburtstages der Naturpark-Idee hatten Europarc und der Verband deutscher Naturparke (VDN) das Jahr 2006 zum „Jahr der Naturparke“ erklärt. Zum Jubiläumsjahr hat der VDN in Zusammenarbeit mit Europarc die „Qualitätsoffensive Naturparke“ gestartet, in der vor kurzem die ersten 13 Parke als Qualitäts-Naturparke ausgezeichnet worden sind.

### 95 Naturparke nehmen 25 Prozent der Landesfläche ein

Vor genau 50 Jahren stellte Dr. Alfred Toepfer in der Universität Bonn ein Naturpark-Programm vor. Bis Ende 1964 entstanden nach dieser Vorlage in Deutschland 25 Naturparke. Bis zur Wiedervereinigung 1990 war die Zahl mit 64 viele Jahre konstant. Heute nehmen 95 Naturparke ein Viertel der Fläche der Bundesrepublik ein. Zu den Zielen gehört auch die Förderung von nachhaltigem Tourismus und umweltschonender Landnutzung.

### Naturparke-Jahr und bundesweite Dachmarke

Seit Ende 2005 präsentieren sich die 95 Naturparke gemeinsam mit den 14 Nationalparks und 14 Biosphärenreservaten unter der Dachmarke „Nationale Naturlandschaften“. Gefördert wird das Naturparke-Jahr durch das Bundesamt für Naturschutz (BfN) mit Mitteln des Bundesumweltministeriums. Es steht unter dem Motto „Natürlich Naturparke“. (ez) ■

### • Weitere Informationen

Verband Deutscher Naturparke e.V.,  
Görresstr. 15, 53113 Bonn  
Tel. 0228 / 921286-0, Fax -9  
eMail: [info@naturparke.de](mailto:info@naturparke.de)  
[www.naturparke.de](http://www.naturparke.de)

## Kurzmeldungen

### Hauptversammlung der Aktion Fischotterschutz in Bremen

Der zeitweise in Westdeutschland nahezu ausgestorbene Fischotter erobert seine alten Lebensräume zurück. Auch in Bremen hinterlässt er wieder seine Spuren. Dabei ist der Straßenverkehr sein größter Feind. Deshalb entwickelt die Aktion Fischotterschutz Biotopverbundsysteme, die den Tieren ein möglichst gefahrloses Fortkommen erlauben. Die Entwicklung im Bremer Raum war für den Verein aus Hankensbüttel (Niedersachsen) auch der Anlass, dort Anfang Juli seine Mitgliederversammlung und öffentliche Jahreshauptversammlung durchzuführen. Über 90 Teilnehmer/innen hörten Vorträge über Naturschutz in Bremen und zum Gewässerschutz. Die Mitgliederversammlung 2007 findet wieder in Hankensbüttel statt, um dort über die Entwicklung des international bekannten Otter-Zentrums und den Naturschutz in der Region zu informieren. (mr)

● Aktion Fischotterschutz e.V., Hankensbüttel, Tel. 05832 / 98080, [www.otterzentrum.de](http://www.otterzentrum.de)

■

## Lesenswert

### Erzähl' mir vom Leben: Die Botschaft der Bäume

„Bäume machen Mut zum Leben. Sie schenken Geborgenheit. Man kann sich bei ihnen ausruhen und Kraft sammeln.“ So beginnt dieses Publik-Forum Extra. Jugenderinnerungen an Wälder kommen darin ebenso vor wie der Kampf für die Bewahrung der Natur in Hessen und in Afrika. Kleine und große Baumliebhaber, Naturwissenschaftlerinnen, Theologen, Schriftstellerinnen und Journalisten fragen nach dem Geheimnis der Bäume. Unter ihnen sind Wangari Maathai, Jörg Zink, Manuel Andrack und Hubertus Halbfas. (mr)

Publik-Forum Extra: Erzähl mir vom Leben - Die Botschaft der Bäume, Oberursel 2006, 36 S., 6,50 Euro (Staffelpreise); Bezug: [www.publik-forum.de/shop](http://www.publik-forum.de/shop)

### Indikator-Tierarten für das Monitoring bei Gempflanzen

Gentechnisch veränderte Pflanzen müssen bei Ausbringung gemäß der EU-Gesetzgebung langfristig überwacht werden. Ob die Zielvorgaben eines solchen Monitorings der Umweltwirkungen von genveränderten Pflanzen erreicht werden, hängt maßgeblich von der Auswahl geeigneter Indikatoren ab. Die Identifikation und die Auswahl von faunistischen Indikatorarten ist Gegenstand dieses Buches. Im ersten Teil werden Vorschläge faunistischer Indikatoren detailliert untersucht, bewertet und nach ihrem Indikationspotenzial gewichtet. Im zweiten Teil werden zwei Risikoanalyse-Methoden vorgestellt, mit deren Hilfe Indikatorarten in einem wissenschaftlich transparenten und wiederholbaren Prozess identifiziert und bewertet werden können. (ez)

Matthias Meier, Angelika Hilbeck: Faunistische Indikatoren für das Monitoring der Umweltwirkungen gentechnisch veränderter Organismen, BfN-Schriftenvertrieb im Landwirtschaftsverlag, Bonn 2005, 332 S. + CD-ROM, 18,- Euro, ISBN 3-7843-3929-8

■

### Gastbeitrag Paragrafendschungel Verkehrsplanung

von Peter Hettlich und Rüdiger Herzog<sup>1</sup>

#### Dauerbaustelle

#### Planungsbeschleunigungsgesetz

Erneut beabsichtigt der Gesetzgeber, die Beteiligung an Planungsverfahren und juristische Überprüfungsmöglichkeiten mit Hilfe eines Beschleunigungsgesetzes neu zu regeln. Dabei soll an das Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz von 1991 angeknüpft werden. Mit der Deutschen Wiedervereinigung wurde dieses Gesetz eingeführt. Es sollte die Klagemöglichkeiten von Betroffenen und Naturschutzverbänden durch die Beschränkung auf eine Gerichtsinstanz, das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) vereinfachen. Zu diesem Zeitpunkt stand der Aufbau der ostdeutschen Verwaltungsgerichtsbarkeit erst am Anfang. Daher sollten die Oberverwaltungsgerichte in den neuen Bundesländern von Klagen gegen Planfeststellungsbeschlüssen für großräumige Verkehrswege „verschont“ werden. Mittlerweile sind die wichtigsten Verkehrsachsen gebaut, die Verwaltungs- und Oberverwaltungsgerichte in den Ländern längst arbeitsfähig. Aus diesem Grund läuft das Verkehrswegebeschleunigungsgesetz am 31.12.2006 endgültig aus.

Seit über einem Jahr liegt ein neuer Gesetzentwurf vor. Dieser so genannte „Stolpe-Entwurf“ hieß seinerzeit Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz. Parallel erarbeitete das Land Hessen einen Entwurf für ein Beschleunigungsgesetz, nach dem damaligen hessischen Verkehrsminister „Posch-Entwurf“ genannt. Elemente daraus sind in einem Entwurf des Bundesrates vom März 2006 aufgenommen worden. Das Bundeskabinett wiederum schlug dem Bundestag im April 2006 „Formulierungshilfen“ zu Änderung des Gesetzentwurfs ursprünglichen Gesetzentwurfes aus Stolpes Zeiten vor.

Im Koalitionsvertrag ist das Inkrafttreten dieses Beschleunigungsgesetzes für An-

fang 2006 angekündigt worden, später wurde die Verabschiedung zumindest vor der Sommerpause avisiert. Im Juni dieses Jahres wurde das Vorhaben jedoch kurzfristig gestoppt. Dieses Wirrwarr der Gesetzentwürfe und die zeitlichen Verzögerungen verdeutlichen die Vielzahl von Konflikten, auch innerhalb der Regierung und der Regierungsfractionen im Bundestag.

Die offensichtlichen Konflikte und damit verbundenen Verzögerungen sind ein guter Anlass, den Gesetzentwurf grundlegend zu überarbeiten. Denn mit diesem Gesetz kann kein Planungsverfahren beschleunigt werden. Obendrein steht es verfassungs- und EU-rechtlich auf tönernen Füßen. Das führt dazu, dass auch die Planfeststellungsbeschlüsse, die auf Grundlage dieses Gesetzes erlassen werden, unsicher sind.

#### Inhalte

Nachfolgend werden nur die Inhalte des Gesetzentwurfes der Bundesregierung (Bundestagsdrucksache 16/54) einschließlich der Formulierungshilfen des Kabinetts vom April 2006 beschrieben, da dies die aktuelle Grundlage für einen Bundestagsbeschluss ist.

- Der Rechtsschutz soll künftig für zahlreiche Projekte im gesamten Bundesgebiet in der erstinstanzlichen Zuständigkeit auf das Bundesverwaltungsgericht verkürzt werden - bisher waren dafür in den alten Bundesländern i.d.R. die Oberverwaltungsgerichte zuständig.
- Während die Gültigkeit eines Plans bislang fünf Jahre mit einer Verlängerungsoption um weitere fünf Jahre (5+5) betrug, soll sie künftig auf 10+5 Jahre erweitert werden, wobei Flughäfen davon ausgenommen sind.
- Vorarbeiten zur Vorbereitung der Baudurchführung sollen möglich werden - auch ohne gesetzliche Vollziehbarkeit eines Planfeststellungsbeschlusses.
- Ein weiterer Knackpunkt ist die Tatsache, dass die Information der Umweltverbände über Auslegung der Unterlagen in Planfeststellungsverfahren künftig über die Internetportale der Behörden stattfinden soll - bisher gab es eine aktive Informationspolitik seitens der Behörden.

- Die Präklusion, also der Ausschluss von Einwendungen und Stellungnahmen, soll erweitert werden. Auf Erörterungen bei Änderungen und Neubau soll künftig völlig verzichtet werden (Flughäfen ausgenommen).

#### Kritik

Die Übertragung der Erstinstanzlichkeit auf das BVerwG für eine Vielzahl von Verfahren kann zum Verfahrensstau führen. In der bundesdeutschen Rechtssystematik fungiert das BVerwG i.d.R. nicht als Tatsachengericht, sondern in erster Linie Revisionsinstanz, die als Hauptaufgabe die Überprüfung der Entscheidungen der Gerichte der Länder mit dem Bundesrecht hat. Die Beschränkung auf eine Instanz ist daher verfassungsrechtlich fragwürdig. Ohnehin fehlt dem BVerwG die für die Behandlung von Planungsstreitigkeiten besonders wichtige Ortsnähe und es ist gezwungen sich mit den unterschiedlichen Landesgesetzen zu befassen.

Eine Verlängerung der Gültigkeit von Baugenehmigungen widerspricht einer beabsichtigten Beschleunigung, vielmehr besteht die Gefahr, dass Planfeststellungsbeschlüsse „auf Halde“ produziert werden. Die Unterfinanzierung der Projekte des BVWP ist die Hauptursache von Realisierungsproblemen; mit der Verlängerung der Gültigkeit findet allenfalls eine Verschiebung von Problemen in die Zukunft statt.

Eine Verringerung der Planungsbeteiligung von Bürgern und Verbänden kann nicht hingegenommen werden: Gerade diese Einbindung erhöht die Akzeptanz und die Planungsqualität und vermindert das Risiko von finanziell intensiven Klageverfahren. Im Hinblick auf die längst überfällige Umsetzung der EU-Öffentlichkeitsbeteiligungsrichtlinie ist eine solche Einschränkung auch juristisch sehr umstritten.

Bei der Möglichkeit, Vorarbeiten zur Vorbereitung der Baudurchführung auch ohne Planfeststellungsbeschluss zu vollziehen, besteht die Gefahr einer Rechtsunsicherheit. Sie kann in Einzelfällen u. U. äußerst finanzintensive Rückbaumaßnahmen nach sich ziehen.

In Sachen Informationspolitik sollen offensichtlich so viele Hürden aufgebaut werden, dass qualifizierte Stellungnahmen nicht mehr möglich sind: Angesichts der vorgesehenen vereinfachten Bekanntma-

<sup>1</sup> Peter Hettlich ist stellvertretender Vorsitzender des Bundestags-Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und Mitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Rüdiger Herzog ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Fraktion und Mitglied der NaturFreunde Brandenburgs.

chung und der engen Fristenregelung für die Abgabe von Stellungnahmen sowie der absoluten Präklusionsregelung setzt der Gesetzentwurf darauf, dass möglichst viele Vorhaben von den Verbänden nicht oder zu spät wahrgenommen werden. Für diese Regelung gibt es keinen sachlichen Grund; auch nach bisherigem Recht waren die Verbände präkludiert, wenn sie nicht innerhalb der von der Behörde festgesetzten Frist ihre Stellungnahme abgaben. Die Behörden waren nicht verpflichtet, eine nicht fristgerecht eingegangene Stellungnahme zu berücksichtigen, es sei denn sie hätten die Informationen nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen ohnehin berücksichtigen müssen.

### Verkehrsplanung optimieren

Planungsbeschleunigung ist nur möglich, wenn die Planungsqualität verbessert, die Bürgernähe und Transparenz erhöht und die behördliche Effektivität optimiert wird. Das heißt insbesondere:

- Die Infrastrukturpolitik und -verantwortung muss regionalisiert werden. Beispielsweise sollte die Zuständigkeit von Bundesstraßen an die Länder gegeben werden.
- Die Bürger- und Verbandsbeteiligung muss frühzeitig und effektiv erfolgen. Einwände, Anregungen und Hinweise sind gerade dann wertvoll, wenn Planungen noch im Anfangsstadium und noch nicht verfestigt sind.
- Die Planung im behördlichen Vollzug ist beschleunigen und effizienter gestalten, denn vor allem die behördliche Bearbeitung nimmt das Gros der Planungszeiten in Anspruch.
- Die Gültigkeit von Planfeststellungsbeschlüssen ist zu begrenzen, um Planungen „jung“ zu halten.
- Die Planungsqualität kann durch gerichtliche Überprüfbarkeit erhöht werden. Dabei ist die Klagemöglichkeit von Betroffenen und Naturschutzverbänden in erster Linie ein präventives Instrument.
- Die Vergabe von Planungs- und Bauleistungen ist transparent und bundesweit einheitlich zu gewährleisten.
- Die Zersplitterung der zur Verfügung stehenden Mittel auf zu viele Projekte muss ein Ende haben.

Nach dem jetzigen Stand der Diskussion bleibt das Planungsrecht eine große Baustelle. ■

### • Weitere Informationen

Peter Hettlich, MdB, Deutscher Bundestag, 11011 Berlin  
Tel. 030 / 227-71864, -71866  
eMail: peter.hettlich@bundestag.de  
www.gruener-aufbau-ost.de

### Kurzmeldungen

#### UBA-Experte: Kommunen vernachlässigen Fuß- und Radverkehr

Viele Kommunen vernachlässigen ihr Fußwege- und Radspurnetz. Darauf hat der Mobilitätsexperte des Umweltbundesamtes Bernhard Specht hingewiesen. Bau und Unterhalt der Straßen verursachen hohe Kosten, während Abgase und Lärm von Kraftfahrzeugen Gesundheit und Lebensqualität beeinträchtigen, sagte der UBA-Experte der Agentur DPA. Durch Radverkehrsförderung könnten die Kommunen die Feinstaubbelastung senken. In einer dreijährigen Modellstudie hatte das UBA die Entwicklung dreier Städte mit jeweils rund 50.000 Einwohnern untersucht: Wittenberg (Sachsen-Anhalt), Plauen (Vogtland) und Lingen (Emsland). „Bei allen hat sich gezeigt: Der Impuls muss von der Bevölkerung ausgehen“, so Specht. Doch auch Rückhalt in Politik und Verwaltung sei notwendig. Dabei lasse sich auch mit wenig Geld viel verändern. Specht nannte Berlin und das Münsterland als Beispiele. In Dessau, seit einem Jahr Dienstsitz des UBA, gehe der Radverkehrsanteil dagegen zurück. (mb) UBA, Bernhard Specht, Tel. 0340 / 2103-2401, eMail: bernhard.specht@uba.de, www.umweltbundesamt.de/fufs



### Elbe wird nicht ausgebaut

#### Umweltminister Gabriel beantwortet Offenen Brief des DNR-Präsidenten

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel hat erklärt, „dass es keine Pläne zum Ausbau der Elbe gibt.“ Ihm liege die Erhaltung des Charakters der Elbe als frei fließender Strom „sehr am Herzen“, versicherte der Minister Anfang Juli in einem Brief an den Präsidenten des Deutschen Naturschutzrings, Hubert Weinzierl.

Der DNR-Präsident hatte Gabriel sowie Verkehrsminister Tiefensee im Juni in einem Offenen Brief aufgefordert, auf einen weiteren Wasserstraßenausbau zu verzichten. Der Elbausbaue „wäre ein nicht zu vertretender, ja ein vernichtender Eingriff“, zumal die Elbe als Niedrigwasserfluss niemals ganzjährig wirtschaftlich befahrbar sein werde, schrieb Weinzierl. Der letzte frei fließende und relativ naturnahe Fluss in Mitteleuropa mit den größten noch erhaltenen Auenwäldern zähle mit seinen Großschutzgebieten zum Europäischen Naturerbe, das zu erhalten sei.

#### Teure Wasserstraßeninvestitionen brachten keine Verkehrsverlagerung

Der DNR-Präsident hatte in dem Schreiben darauf verwiesen, dass es in den letzten vierzig Jahren trotz jährlicher Investitionen von einer halben Milliarde Euro keine Verkehrsverlagerung auf die Wasserstraßen gab. Auf der Elbe finde kaum Güterverkehr statt. Deshalb, so Weinzierl, müsse man gerade sie aus ökologischen wie ökonomischen Erwägungen verschonen und die Pläne, „die ihren Platz im 19. Jahrhundert hatten“, aufgeben.

Gabriel teilte in seinem Antwortbrief mit, dass die nachgeordneten Behörden des Umwelt- und des Verkehrsministeriums derzeit das Fachkonzept für die Unterhaltung der Elbe erarbeiten. Ferner sei vorgesehen, Grundsätze für die Berücksichtigung ökologischer Belange bei der Unterhaltung des gesamten Bundeswasserstraßennetzes zwischen beiden Ministerien unter Mitwirkung der Länder zu vereinbaren. (mb) ■

#### • Weitere Informationen

Bundesumweltministerium (BMU), Alexanderplatz 6, 10178 Berlin  
Tel. 01888 / 305-2010, Fax -2016  
eMail: [presse@bmu.bund.de](mailto:presse@bmu.bund.de)  
[www.bmu.de](http://www.bmu.de)

### Meere und Küstenregionen akut bedroht

#### Neues Gutachten warnt vor Folgen des Klimawandels für die Meere

Dem Meer drohen in Zukunft weitere Gefahren. Wie der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung für globale Umweltveränderungen (WBGU) in seinem Gutachten „Die Zukunft der Meere - zu warm, zu hoch, zu sauer“ ausführt, sind Meere und Küstenregionen akut vom Klimawandel bedroht. Dies wird sich laut den Prognosen des WBGU in Zukunft noch verstärken.

#### Meeresspiegel steigt um 3 mm im Jahr

Der Meeresspiegel sei bereits im letzten Jahrhundert um 20 cm angestiegen, derzeit liege der Wert bei etwa 3 cm pro Jahrzehnt. Als Verursacher wird die globale Erwärmung benannt. Damit mögliche Anpassungsmaßnahmen überhaupt noch erfolgreich sein können, müsse der Anstieg des Meeresspiegels bei maximal einem Meter über dem vorindustriellen Niveau gestoppt werden, so die Wissenschaftler.

#### Dramatische Versauerung der Meere

Auch chemisch droht dem Meer laut WBGU Gefahr: Durch eine wachsende CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Luft werden chemische Reaktionen ausgelöst, das Wasser wird immer saurer. „Man kann nachweisen, dass wir die Meere durch direkte Einleitung von CO<sub>2</sub> in einen Säurezustand versetzen werden, wie er möglicherweise seit 20 Millionen Jahren nicht mehr vorkam“, sagte der Physiker Hans-Joachim Schellnhuber.

#### Mehr Meeresschutzgebiete gefordert

Als Handlungsrahmen für die Politik empfiehlt der Beirat eine weitere und deutliche Ausweitung von Meeresschutzgebieten, um die Widerstandsfähigkeit dieser Ökosysteme zu erhöhen. (ez) ■

#### • Weitere Informationen

Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen (WBGU), Reichpietschufer 60-62, 10785 Berlin  
Tel. 030 / 263948-0, Fax -50  
eMail: [wbggu@wbgu.de](mailto:wbggu@wbgu.de)  
[www.wbgu.de](http://www.wbgu.de)

Gutachten:  
[www.wbgu.de/wbgu\\_sn2006.pdf](http://www.wbgu.de/wbgu_sn2006.pdf)  
(114 S., 3,3 MB)

### Kurzmeldungen, Lesenswert

#### Weiterer Ausbau der Weser beschlossen

Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee hat Ende Juni bekannt gegeben, dass ein Planfeststellungsverfahren für einen nochmaligen Ausbau der Weser eingeleitet wurde. Zwischen Bremen und Brake in Niedersachsen soll die Unterweser um 0,6, bis Bremerhaven um 0,9 Meter vertieft werden. Die laut Tiefensee 50 Millionen Euro teuren Maßnahmen sollen die Häfen Bremerhaven und Brake ebenso wie den Wilhelmshavener Jade-Weser-Port in die Lage versetzen, auch die bisher größten Containerschiffe aufzunehmen. Bei zügiger Umsetzung könnten Schiffe mit 8.000 Container-Transporteinheiten (TEU) ab 2009 die Weser gezeitenabhängig befahren. Die Behörden legten in 35 Gemeinden Planungsunterlagen aus. (mr)  
Quellen: taz, 20.6.2006,  
[www.finanzen.de](http://www.finanzen.de), 27.6.2006

#### Heutige und kommende Konflikte durch Wassermangel

Während die weltweiten Wasservorräte immer weiter zurückgehen, steigt der Bedarf ungebremst an. Deshalb steuert die Welt nach Einschätzung der Vereinten Nationen auf einen dramatischen Wassermangel zu. Das von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) herausgegebene APuZ-Themenheft Wasser stellt aktuelle und zukünftige Probleme dar, die der Wassermangel verursacht, und zeigt mögliche Lösungen auf. Das Heft kann im Internet gelesen oder im PDF-Format von der bpb-Internetseite heruntergeladen werden. (mr)

Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) Nr. 25/2006: Wasser, 40 S., kostenlos; Texte und PDF-Download im Internet (3 MB):  
[www.bpb.de/publikationen/I9QQYL,0,Wasser.html](http://www.bpb.de/publikationen/I9QQYL,0,Wasser.html)

## Termine

### Bundesweite Umwelt-Termine

...finden Sie hier.

### Internationale Umwelt-Termine

...finden Sie in unserem EU-Rundschreiben (siehe vorletzte Seite in diesem Heft).

### Diese und neuere Termine im Internet

...finden Sie unter [www.dnr.de/termine](http://www.dnr.de/termine) (meist auch ausführlicher).

► DNR-Mitgliedsverbände, die dort selbst Termine veröffentlichen wollen, melden sich bitte bei [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de) an.

### Weitere Terminseiten im Internet

...haben wir auf [www.dnr.de/termin-links](http://www.dnr.de/termin-links) zusammengestellt, darunter spezielle Veranstaltungübersichten zu Energie, Gentechnik, Naturschutz, Verkehr und Wasser.

### Ihre Umwelt-Termine

► ...von überregionalem Interesse mailen Sie bitte in der hier üblichen Form an [info-berlin@dnr.de](mailto:info-berlin@dnr.de)

## Juli/August

28.-30.7. Zehdenick (Brandenburg)

### Gentechnikfreies Wochenende

Aktionscamp; Attac, Jutta Sundermann  
Tel. 0175 / 8666769

[jutta.s@jpberlin.de](mailto:jutta.s@jpberlin.de)

[www.attac.de/gentechnik](http://www.attac.de/gentechnik) (Aktionen)

29.7.-6.8., Barby/Elbe

### 14. Internationales Elbe-Saale-Camp

Netzwerk Flusslandschaften, Jutta Röseler, Christina Weigel

Tel. 039298 / 28101

[ccw123@t-online.de](mailto:ccw123@t-online.de)

[www.netzwerk-flusslandschaften.de/elsa](http://www.netzwerk-flusslandschaften.de/elsa)

29.7.-12.8., Erfurt - Leipzig - Dresden - Görlitz

### Tour de Natur 2006: Wir sind am Zug

Grüne Liga Sachsen, Dresden

Tel. 0351 / 4943-354, Fax -450

[dresden@grueneliga.de](mailto:dresden@grueneliga.de)

[www.tourdenatur.de](http://www.tourdenatur.de)

## September

12.9., Bonn

### Erneuerbare Energien zur Armutsbekämpfung

Symposium; Forum Umwelt & Entwicklung

Tel. 0228-359704, Fax -92399356

[info@forumue.de](mailto:info@forumue.de)

[www.forumue.de](http://www.forumue.de)

15.-16.9., Bielefeld

### Mangel und Überfluss - Medikamente in Nord und Süd

Symposium; Bundeskoordination Entwicklungspolitik (BUKO)

Tel. 0521-60550, Fax -63789

[25@bukopharma.de](mailto:25@bukopharma.de)

[www.bukopharma.de](http://www.bukopharma.de)

15.-24.9., bundesweit

### Woche des bürgerschaftlichen Engagements

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Tel. 030 / 62980-120, Fax -9183

[aktionswoche@b-b-e.de](mailto:aktionswoche@b-b-e.de)

[www.engagement-macht-stark.de](http://www.engagement-macht-stark.de)

16.9., Neumünster

### Naturschutztag Schleswig-Holstein: Naturschutz und Klimawandel

Fachtagung; Akademie für Natur und Umwelt, Petra Simon

Tel. 04321 / 9071-42, Fax -32

[anmeldung@umweltakademie-sh.de](mailto:anmeldung@umweltakademie-sh.de)

[www.umwelt.schleswig-holstein.de/servlet/is/67278](http://www.umwelt.schleswig-holstein.de/servlet/is/67278)

21.-23.9., Dessau

### Deutscher Landschaftspflegetag:

#### Lebendige ländliche Räume mitgestalten

Deutscher Verband für Landschaftspflege

(DVL) e.V., Ansbach

Tel. 0981 / 46533540

[info@lpv.de](mailto:info@lpv.de)

[www.lpv.de](http://www.lpv.de)

22./23.9., Berlin

### Wettbewerb für Nachhaltigkeit

Öko-Institut e.V., Freiburg/Br.

Tel. 0761 / 45295-0, Fax -88

[event@oeko.de](mailto:event@oeko.de)

[www.oeko.de/jahrestagung](http://www.oeko.de/jahrestagung)

24.-27.9., Friedrichshafen am Bodensee

### Solar-Lakes-Konferenz

Global Nature Fund, Radolfzell

Tel. 07732 / 9995-0, Fax -88

[info@globalnature.org](mailto:info@globalnature.org)

[www.globalnature.org/slk](http://www.globalnature.org/slk)

26.-28.9., Bochum

### Integriertes

#### Wasserressourcen-Management

Int. Symposium; International Association of Hydrological Sciences (IAHS) - International, Commission on Water Resources

Systems (ICWRS), Jena

Tel. 03641 / 35332-21, Fax -71

[water@conventus.de](mailto:water@conventus.de)

[www.conventus.de/water](http://www.conventus.de/water)

28.-30.9., Berlin

### Wege aus der Klimafalle

Int. Kongress; Heinrich-Böll-Stiftung,

Andrea Peschel

Tel. 030 / 40048482

[andrea@boellstiftung.org](mailto:andrea@boellstiftung.org)

[www.kyotoplus.org](http://www.kyotoplus.org)

30.9.-2.10., Weimar

### 4. Regiogeld-Kongress

Regioprojekt e.V.

Tel. 03643 / 583923

[regioprojekt@livingcity.de](mailto:regioprojekt@livingcity.de)

[www.regiogeldkongress.de](http://www.regiogeldkongress.de)

## Oktober

6.10., Berlin

### Umweltforum für mehr

#### Produkttransparenz

Arbeitsgemeinschaft kontrolliert

deklarierte Rohstoffe (Arge KdR)

Tel. 0700 / 12345621

[info@argekdr.de](mailto:info@argekdr.de)

[www.positivlist.com/download/Berlinforum.pdf](http://www.positivlist.com/download/Berlinforum.pdf)

12./13.10., Bonn

### Bioenergie - Nachhaltigkeit als

#### Herausforderung

Forum Umwelt und Entwicklung

Tel. 0228 / 92399350

[ck.paetzold@forumue.de](mailto:ck.paetzold@forumue.de)

[www.forumue.de](http://www.forumue.de)

18./19.10., Berlin

### Energieeffizienz und Biodiversität

Int. Konferenz; DNR, EU-Koordination

Tel. 030 / 443391-85, Fax -80

[bjela.vossen@dnr.de](mailto:bjela.vossen@dnr.de)

[www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

25.-27.10., Freiburg/Br.

**ForestXchange - Neue Ansätze im Wissensmanagement**

FVA - Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg  
Tel. 0761 / 4018-190, Fax -333  
registration@forestxchange.org  
www.forestxchange.org

26./27.10., Berlin

**Nachhaltigkeit im 21. Jahrhundert: Schutz öffentlicher Güter**

Int. Konferenz; Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Tel. 030 / 44310145  
meier@rosalux.de  
www.rosalux.de

26./27.10., Bonn

**Vorbereitungs-Workshop zur CBD-COP 9**

Workshop zur Vorbereitung auf die internationale Biodiversitätskonferenz in Deutschland 2008; Forum Umwelt & Entwicklung, Susanne Gura  
Tel. 0228 / 9480670  
gura@dinse.net

30./31.10., Wuppertal

**Energieautonomie durch Speicherung Erneuerbarer Energien**

Eurosolar and World Council for Renewable Energy  
Tel. 0228 / 36-2373, Fax -1279  
info@eurosolar.org  
www.eurosolar.org  
(ez) ■

**Regelmäßige Umweltsendungen**

**Sendeplätze in Radio und Fernsehen**  
Viele Redaktionen bieten Vor- und Rückschauen, Sendemanuskripte und Zusatzinformationen im Internet an. Diese Liste (mit allen Links) gibt es auch im Internet: www.dnr.de/umweltinfo („TV + Radio“)

**TV-Vorschau**

**„Der Grüne Kanal - Das ökologisch korrekte TV-Programm“**

Vorschau für mehrere Tage, Inhaltsangabe in mehreren Sätzen zu jeder Sendung: www.bio.de/kanal.php

**Vier-Wochen-Vorschau Natur**

www.prisma-online.de/tv/stichwort.html?aid=Natur  
Sendungen/Inhalte als Stichwort suchen: www.prisma-online.de/tv/suche.html

**Fernsehsendungen**

**Terra Nova**

Spartenkanal für Naturfilme  
www.terra-nova.tv

**ZDF.umwelt**

So 13.15-13.45, ZDF  
www.zdf.de/ZDFde/inhalt/30/0,1872,1020478,00.html

**Arte-Umweltsendungen**

u.a. Di 14.45 Hippokrates (Gesundheit), Sa 20.40 Abenteuer Arte, Sa 21.35 GEO  
www.arte-tv.com/de/wissen-entdeckung/258720.html („Die Sendungen“ und „Natur & Umwelt“)

**Ozon**

Mi (14-tägig) 21.30, Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB)  
www.rbb-online.de/ozon

**Unser Land**

Fr 19.00-19.45, Bayerischer Rundfunk (BR)  
www.br-online.de/umwelt-gesundheit/unserland

**Unkraut**

Umweltsendung für junge Leute  
Mo (14-tägig) 21.20-21.45 (Wh. Di 2.00 und 11.15), Bayerischer Rundfunk (BR)  
www.br-online.de/umwelt-gesundheit/sendungen/unkraut

**Löwenzahn**

Natur, Umwelt und Technik für Kinder  
Sa, 9.10-9.35, ZDF  
www.tivi.de/loewenzahn

**Rundfunksendungen**

**Umwelt und Verbraucher**

Mo-Fr 11.35-12.00, Deutschlandfunk  
www.dradio.de/dlf/sendungen/umwelt/ („Archiv“)

**Natur+Technik**

Fr 17.05-18.00, HR 2 (Hessischer Rundfunk)  
www.hr-online.de/website/radio/hr2/?rubrik=2902  
www.hr-online.de/website/specials/wissen/?rubrik=6564

**SWR-Umweltsendungen**

Verschiedene Sendepunkte, SWR (Südwestrundfunk)  
www.swr.de/ratgeber/essen  
www.swr.de/rasthaus/archiv/umwelt

**Greenpeace Radio Freiburg**

alle 4 Wochen, Mo 19.00-20.00 (Wh. Di 11.00-12.00), Radio Dreyeckland (RDL) 102,3 (freies Radio)  
www.rdl.de/programm.html

**Restrisiko - Umweltmagazin aus Mannheim**

Letzter Mo im Monat 20.00-21.00 (Wh. Di 11.00-12.00), Radio Dreyeckland (RDL) 102,3 (freies Radio)  
www.rdl.de/programm.html

**Radio Rainbow**

Do 19.00-20.00, Radio LORA München 92,4 (freies Radio)  
http://home.link-m.de/lora/rainbow.htm

**Greenpeace-Radio Stuttgart**

3. Do im Monat 20.00-21.00, 99,2 Antenne bzw. 102,1 Kabel (freies Radio)  
www.greenpeace-radio-stuttgart.de

**Graslöwen Radio**

So 14.00-15.00, Radijojo!, Berlin 104,1 Berlin/Brandenburg/Sachsen: Digitalradio DAB (www.digitalradio-bb.de) Internet (mit FlashPlugin 6): www.radijojo.de  
www.grasloewe.de  
(mb) ■

## Information und fachlicher Austausch

### Aktuelle und kostenlose eMail-Nachrichten zu diversen Öko-Themen

Aktuelle und unabhängige Nachrichten zu ökologischen Themen senden eine Reihe von Infodiensten kostenlos per eMail zu - von allgemeinen Umweltinformationen über gängige Bereiche wie Energie oder Gentechnik bis zu speziellen Angeboten etwa zu „grüner Beschaffung“ oder Öko-jobs. Eine von mehreren DNR-Verbänden zusammengestellte Übersicht von rund 50 solcher Dienste ist im Internet zugänglich. [www.dnr.de/umweltinfo](http://www.dnr.de/umweltinfo)

### Wikipedia: Selbstorganisiertes Fachwissen in der freien Enzyklopädie

► Wikipedia, die freie Enzyklopädie im Internet, kann jeder nutzen und mit eigenem Wissen ergänzen. Die Bedienung ist einfach. Seit Mai 2001 wurden über 370.000 Artikel in deutscher Sprache verfasst. Es gibt ein Portal „Umweltschutz“ mit verschiedenen Kategorien und Bereichen, das bereits viel Fachwissen zusammenfasst, aber auch noch Lücken aufweist. Fachleute aus Umweltverbänden und -institutionen sind aufgerufen, hier ihre besonderen Kenntnisse und Erfahrungen einzubringen. [www.de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:Hilfe](http://www.de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:Hilfe)  
[www.de.wikipedia.org/wiki/Portal:Umwelt](http://www.de.wikipedia.org/wiki/Portal:Umwelt)

### „Grünes Forum“: Umwelt-Diskussionsplattform im Internet

► In diesem partei- und verbandsunabhängigen Online-Forum können Meinungen und Informationen zu Umweltfragen aller Art ausgetauscht werden. Gegliedert ist das Forum nach Themen (Artenschutz, Bildung, Energie, Gentechnik, Klima, Meere, Naturschutz, Politik, Verkehr, Tier-schutz, Wirtschaft) sowie nach Bundesländern. [www.gruenes-forum.net](http://www.gruenes-forum.net)  
(mb) ■

## EU-Umweltpolitik verständlich: Unsere Sonderhefte

Meldungen und Kommentare zur europäischen und internationalen Umweltpolitik finden Sie im EU-Rundschreiben - der „Schwesterpublikation“ zum Deutschland-Rundbrief (siehe nächste Seite). Zusätzlich zu diesem erscheint, ebenfalls monatlich, ein thematisches Sonderheft. Viele dieser Sonderhefte sind gerade für DRB-Leser/innen interessant: Sie bringen Licht in die Brüsseler Strukturen und zeigen, wie sich Umweltverbände auf europäischer Ebene effektiv und erfolgreich engagieren können.

Titel/Thema	Ausgabe
EU-Fonds: Geld aus Brüssel für den Umweltschutz (in Vorbereitung)	10.06
Der Rat der Europäischen Union: Wie arbeitet der EU-Ministerrat?	08/09.06
Umweltschutz in den Beitrittsländern Bulgarien, Rumänien und Kroatien	07.06
Wohin geht die Reise? Tourismus auf dem Prüfstand	06.06
Europa nachhaltig entwickeln: Zum Stand der EU-Nachhaltigkeitsstrategie	05.06
Gefahr Grüne Gentechnik: Das Märchen von der Koexistenz	04.06
Wer schützt den Wald? Waldpolitik in Deutschland, in der EU und weltweit	02/03.06
EU-Dienstleistungsrichtlinie bedroht Daseinsvorsorge und Umweltrecht	01.06
Brüsseler 1×1: Wie funktioniert die EU?	Extra
Abschalten, umschalten, einsparen: Wohin steuert die Energiepolitik?	12.05
Marktwirtschaftliche Instrumente: Ökosteuern und Emissionshandel	11.05
Europa weiterdenken: Verfassungsdebatte als Chance nutzen!	10.05
Ihre Rechte in der EU-Umweltgesetzgebung: Ein Wegweiser	08/09.05
Für eine starke EU- Chemikalienpolitik ... alles über REACH	06/07.05
Die europäischen Umweltverbände: Ein Nachschlagewerk	05.05
Biodiversität, Zugang zu genetischen Ressourcen und Vorteilsausgleich	03/04.05
Sieben thematische Strategien für eine bessere Umweltpolitik	02.05
Die neue Europäische Kommission: Barrosos Team tritt an	01.05
Biodiversität auf der politischen Agenda: Ist die Vielfalt noch zu retten?	11/12.04
Europas Meere: Geschützte Vielfalt oder Müllkippe und Selbstbedienung?	09/10.04
Die Århus-Konvention: Mehr Rechte für Umweltverbände	08.04
Nachhaltigkeitsstrategien: Ökologisch, sozial und wettbewerbsfähig?	07.04
Das Transeuropäische Verkehrsnetz: Ist der Zug abgefahren?	06.04
Welche Energien brauchen wir?	05.04
Wasser: Globale Ressource - schützenswertes Gut	04.04
Umweltpolitik und Parteien in den neuen Mitgliedstaaten	02/03.04
Europäische Verfassung gescheitert?	01.04
Natura 2000: Vision und Umsetzung des europäischen Naturschutzes	12.03
Umweltverbände zur Europawahl 2004	11.03
Grüne Gentechnik: Verunreinigtes Saatgut, Verbraucherschutz, Aktionen	10.03
Die Regierungskonferenz zur EU-Verfassung	09.03
Die 5. WTO-Ministerkonferenz in Cancún	08.03
Europäische Chemikalienpolitik	07.03
Weltweite Regeln für globale Unternehmen	06.03
Europäische Umweltministerkonferenz Kiew 2003	04/05.03
Der Stand der EU-Erweiterung	03.03
Reformdebatten in der EU (2): Der Verfassungskonvent	02.03
Reformdebatten in der EU (1): Der EURATOM-Vertrag	01.03

Alle Sonderhefte können kostenlos im Internet heruntergeladen werden (PDF-Download, ca. 200-500 kB):

[www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur) („Bisherige Ausgaben“)

## Unser Partner in Brüssel: Das Europäische Umweltbüro

### Der Dachverband der europäischen Naturschutz- und Umweltverbände

Das Europäische Umweltbüro (EEB) ist der Dachverband von 140 zivilgesellschaftlichen Organisationen in allen EU-Mitgliedsländern und einigen Nachbarstaaten. Die Mitglieder sind lokal, national, europaweit oder international agierende Organisationen. Insgesamt repräsentiert das EEB über 15 Millionen Bürger/innen.

Das EEB organisiert und unterstützt das Engagement seiner Mitgliedsorganisationen für eine effektive EU-Politik und nachhaltige Entwicklung. Das EEB-Büro in Brüssel arbeitet eng mit seinen Mitgliedern zusammen, um den Informationsstand über die EU-Umweltpolitik zu verbessern, das Verständnis für diesen Bereich zu fördern und den Dialog mit dem Europäischen Parlament, der EU-Kommission und den Regierungen der Mitgliedsländer zu pflegen.

Für jede Ratspräsidentschaft veröffentlicht das EEB eine Prioritätenliste der zu behandelnden Themen. Nach Ablauf der Präsidentschaft wird eine Bewertung anhand dieser „Zehn grünen Prüfsteine“ durchgeführt. Beides wird auch regelmäßig im EU-Rundschreiben veröffentlicht.

Das EEB verfügt über Fach- Arbeitsgruppen, die aus dem Kreis der Mitgliedsorganisationen gebildet werden. In ihnen sind in der Regel über die Teilnehmer die meisten EU-Mitgliedsländer und auch viele Beitrittsstaaten vertreten. Die Arbeitsgruppen werden von EEB-Expert/innen geleitet (siehe Tabelle).

### Das Europäische Umweltbüro arbeitet zu folgenden Themen:

- Integration von Umweltbelangen in die gesamte EU-Politik („Article 6 Watch<sup>1</sup>„)
- Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich (Århus-Konvention)
- Luftqualität und Lärm (gesamter Bereich der EU-Luftqualitätspolitik: CAFE<sup>2</sup>-Programm, aktuelle EU-Richtlinien; Lärmrichtlinie)
- Städtische Umwelt

- Klima/Energie (alles rund um das Kyoto-Protokoll; in Zusammenarbeit mit dem Climate Action Network - CAN-Europe)
- Biodiversität (Umsetzung und Finanzierung von NATURA 2000, Naturschutz außerhalb der FFH-Richtlinie, Überarbeitung der EU-Biodiversitätspolitik, strategische Umweltprüfung SEA)
- Chemikalien (REACH-Verordnung)
- Quecksilber (EU-Quecksilberrichtlinie, Aufbau eines Netzwerks, internationale Ebene)
- Produktpolitik (Ecolabel)
- Ökologische Finanzreform (Ökologische Steuerreform, unökologische Subventionen, EU-Richtlinie zum öffentlichen Beschaffungswesen u.a.)
- Landwirtschaft und Boden (EU-Agrarreform, Agro-Gentechnik, Bodenschutz u.a.)
- Abfall (Abfallvermeidung und -recycling)
- Wasser (Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie)
- Tourismus

Außerdem arbeitet das EEB zu folgenden Themen: Richtlinie zur integrierten Vermeidung von Umweltverschmutzung (IPPC), Nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen, Umsetzung der Richtlinie zur Strategischen Umweltprüfung SEA, EU-Nachhaltigkeitsstrategie, Standardisierung des europäischen Gütesiegels, Umwelthaftung, EU-Erweiterung. (bv) ■

### • Weitere Informationen

Europäisches Umweltbüro (EEB), Boulevard de Waterloo 34, B-1000 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 28910-90, Fax -99  
eMail: eeb@eeb.org  
www.eeb.org

Mitarbeiter/in	Funktion/Fachgebiet	eMail
John Hontelez (d)	Generalsekretär	hontelez@eeb.org
Regina Schneider (d)	Leiterin der Informationsabteilung; Weiterbildung	info@eeb.org
Caroline Bretelle	Presse und Veröffentlichungen	caroline.bretelle@eeb.org
Pendo Maro	Umweltpolitik und Umweltintegration (Kordinatorin)	pendo.maro@eeb.org
Mara Silina	EU-Erweiterung, Bürgerbeteiligung, Weiterbildung, ECO-Forum (Kordinatorin)	mara.silina@eeb.org
Pieter de Pous (d)	Landwirtschaft <sup>3</sup> , Gentechnik, Biodiversität, Boden (EU-Politikreferent)	pieter.depous@eeb.org
Stefan Scheuer (d)	Wasser, Ökologische Finanzreform (Geschäftsführer)	stefan.scheuer@eeb.org
Mecki Naschke (d)	Chemikalien, Industriepolitik (EU-Politikreferentin)	mecki.naschke@eeb.org
Anja Leetz (d)	Chemikalienpolitik (Kampagnenleiterin)	anja.leetz@eeb.org
Kerstin Meyer (d)	Luftverschmutzung, Lärm, Städtische Umwelt (EU-Politikreferentin)	kerstin.meyer@eeb.org
Melissa Shinn	Abfall, Ökologische Produktpolitik, Ressourcen (Leitende EU-Politikreferentin)	melissa.shinn@eeb.org
Elena Lymberidi	Quecksilber-Kampagne (Kordinatorin)	elena.lymberidi@eeb.org

(d) = deutschsprachig

1 Artikel 6 des EG-Vertrages: Gebot der Umweltintegration - siehe [www.europa.eu.int/eur-lex/lex/de/treaties/dat/12002E/pdf/12002E\\_DE.pdf](http://www.europa.eu.int/eur-lex/lex/de/treaties/dat/12002E/pdf/12002E_DE.pdf)

2 „Clean air for Europe“ - „Saubere Luft für Europa“

3 Leiter der Arbeitsgruppe Landwirtschaft ist Arjan Berkhuisen von der Stichting Natuur en Milieu (Niederlande), eMail: a.berkhuisen@snn.nl

## Inhalt des EU-Rundschreibens des DNR in diesem Monat

80 Prozent des in Deutschland geltenden Umweltrechts gehen auf Initiativen aus Brüssel zurück. Unser EU-Rundschreiben ist das einzige deutsche EU-Umweltmedium. Probeexemplare erhalten Sie beim DNR in Bonn (siehe S. 2). Probelesen und Bestellen im Internet: [www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur)

### Editorial

- Alle Zeichen auf Europa - in eigener Sache

### Global

- Die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ 2005-2014

### EU-Präsidentschaft, G8-Vorsitz

- Nichtregierungsorganisationen in der europäischen Entwicklungspolitik

### EU-Politik, Recht

- Finnische Ratspräsidentschaft: Ziele und Schwerpunkte
- Kritik an Impact Assessments
- Entbürokratisierungsinitiative erreicht die Arbeitsebene
- EU-Umweltgesetzgebung: Weniger Verordnungen, mehr Richtlinien
- EU verabschiedet neue Nachhaltigkeitsstrategie
- Studie zum Lobbyismus in Brüssel

### Abfall, Produktpolitik

- EU-Abfallpolitik: Umdefinition von „Abfall“ in „Produkte“
- Fachtagung für Bioabfall-Richtlinie
- Keine Gewinneinbußen durch Elektroschrott-Richtlinie WEEE

### Agrarpolitik, Gentechnik

- Agrarsubventionen sollen transparenter verteilt werden
- BSE-Kontrollen: Grünen-Kritik
- Unabhängige Experten für EFSA gefordert
- Streit über Gentech-Grenzwert in Bioprodukten

### Chemikalien, Emissionen

- Anti-REACH-Lobby: Verheugen wehrt sich gegen „Diffamierungen“
- Arktis: Chemikalien bedrohen Arten
- Feinstaub: Umweltausschuss für Kompromiss

### Energie, Klima

- Mehr EU-Mittel für saubere Energien
- Energieeffizienz-Gesetzgebung: Schleppende Umsetzung
- US-Energieagentur für „Clean Coal“ und AKWs
- Kernfusion: 2007 Baubeginn für Versuchsreaktor ITER
- EU-Kommission startet Klimaschutzkampagne

### Naturschutz, Biodiversität

- Neuer Aktionsplan für Biodiversität
- Bodenstrategie erneut verschoben
- Forstaktionsplan vorgelegt

### Verkehr, Tourismus

- Liberalisierung des ÖPNV in der EU
- Weißbuch Verkehr: Warnung vor erneuter Straßenverkehrs-Förderung

### Wasser, Meere

- Grünbuch Meerespolitik: Viel Kritik
- Parlament schwächt Grundwasserschutz ab
- Badegewässerqualität nimmt ab

### Service

- Veröffentlichungen, Ausschreibungen
- EU-Umwelt-Termine

### Wegweiser

- EU: Wichtige Adressen und Quellen
- EU: Das Gesetzgebungsverfahren
- EEB: Ansprechpartner/innen im Europäischen Umweltbüro
- IUCN: Ausschüsse der Weltnaturschutzunion
- UN: Verbindungsstellen in Deutschland

### Sonderheft

- EUR-Sonderheft (separate Heftung): Der Rat der Europäischen Union: Wie arbeitet der EU-Ministerrat?

## Verweise auf frühere Ausgaben

In einigen Artikeln wird auf vorangegangene Ausgaben verwiesen: „DRB 07.04“ weist z.B. auf Heft 7 des Deutschland-Rundbriefes im Jahr 2004 hin. Verweise auf das EU-Rundschreiben (siehe rechts) sind genauso gehalten, z.B. „EUR 11.04“. Alle älteren Ausgaben sind komplett im Internet zugänglich: [www.dnr.de/drbb](http://www.dnr.de/drbb) („Bisherige Ausgaben“).

## Danksagung

Für das Verfassen von Beiträgen und die Bereitstellung von Informationen zu diesem Rundbrief danken wir allen Beteiligten, vor allem den Gastautor/innen, den Redaktions-Praktikant/innen sowie den Umwelt-Informationsdiensten, Verbänden und Institutionen, deren Meldungen verwendet wurden (siehe „Weitere Informationen“ unter jedem Beitrag). Besonderer Dank gilt dem unabhängigen Verbände-Informationsdienst [www.ngo-online.de](http://www.ngo-online.de)

## Deutschland-Rundbrief im Internet

### [www.dnr.de/drbb](http://www.dnr.de/drbb)

heißt die Internetseite des DNR-Deutschland-Rundbriefes. Dort finden Sie:

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Serviceteil und vier ausgewählten Beiträgen
- bisherige Ausgaben ab Januar 2000 als Volltext-Archiv (PDF-Dateien)
- Sonderhefte und Beilagen zu verschiedenen Umwelt-Themen

Gegen Rückporto können die Materialien auch zugesandt werden.

## Tagesaktuell informiert per eMail

Für Rundbrief-Abonent/innen und Fachleute aus den DNR-Mitgliedsverbänden bieten wir kostenlos tagesaktuelle eMail-Weiterleitungen an. Unter rund 40 Umwelt-Themen kann ausgewählt werden. Angebot und Bestellformular im Internet: [www.dnr.de/infoservice](http://www.dnr.de/infoservice)

## Gastbeiträge willkommen

► Wir freuen uns auf Ihre umweltpolitischen Beiträge in Absprache mit der Redaktion. Beiträge von Gastautor/innen stimmen nicht in allen Fällen mit der Meinung von Redaktion bzw. Herausgeber überein. Die Redaktion behält sich vor Beiträge zu kürzen und zu überarbeiten.

## Unsere Zeitschriften zu internationaler Umweltpolitik

### EU-Rundschreiben, Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung

Meldungen und Kommentare zur Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene finden Sie im EU-Rundschreiben des DNR (siehe vorhergehende Seite). Beiträge zur globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik stehen im Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung, getragen vom DNR und mehreren Nord-Süd-politischen Organisationen. Wir senden oder mailen gern kostenlose Probeexemplare. Probelesen im Internet: [www.dnr.de/eur](http://www.dnr.de/eur) [www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe](http://www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe)

# DRB-Abo

## Abonnieren Sie den Deutschland-Rundbrief des Deutschen Naturschutzrings

Ich bestelle den Deutschland-Rundbrief **ab Ausgabe:**

- als Privatperson**
- 41 Euro pro Jahr im eMail-Versand
  - 52 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft\*
  - 57 Euro pro Jahr für das Heft\* plus eMail

- für eine Organisation**
- 82 Euro pro Jahr im eMail-Versand
  - 103 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft\*
  - 113 Euro pro Jahr für das Heft\* plus eMail

\* zzgl. 26 Euro Zusatzporto bei Auslandsversand

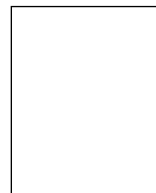
- als Förderabonnement**
- 180 Euro oder mehr pro Jahr - bitte Betrag und Bezugsart angeben: (Differenzbetrag zum Abonnement als Spende absetzbar)

- Zahlung per Bankeinzug** Geldinstitut:  
Bankleitzahl:  
Kontonummer:
- gegen Rechnung** an die oben angegebene / folgende Adresse:

### Absender/in

Vorname, Name:  
ggf. Organisation:  
ggf. Funktion:  
Straße/PF:  
PLZ, Ort:  
Tel./Fax:  
eMail:

# DRB-Abo



Deutscher Naturschutzring  
Redaktion Deutschland-Rundbrief  
Prenzlauer Allee 230  
10405 Berlin